

W. Nierhaus, E. Hahn, O.-E. Kuntze, E. Langmantel, W. Meister und M. Meurers¹

Die Weltkonjunktur zeigt sich im Frühsommer 2003 leicht aufwärtsgerichtet. Zu einer durchgreifenden Erholung ist es bisher noch nicht gekommen. Im weiteren Verlauf dieses Jahres ist jedoch eine Wende zum Besseren und im Jahr 2004 eine Erholung zu erwarten. Denn die retardierenden Momente fallen nach und nach weg; die überall deutlich expansive Geldpolitik kann damit ihre stimulierende Wirkung stärker entfalten. Auch in Deutschland lassen die allmähliche Besserung des internationalen konjunkturellen Umfelds und auch die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen über die Geschäftserwartungen einen leichten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Halbjahr 2003 erwarten; dennoch dürfte die gesamte Wirtschaftsleistung im Jahresergebnis nur stagnieren. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,5% expandieren. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 um 390 000 auf 4,45 Millionen steigen und im kommenden Jahr weiter auf 4,6 Millionen. Die Verteuerung der Lebenshaltung wird moderat bleiben; die Inflationsrate dürfte in diesem Jahr 0,9% betragen und im nächsten Jahr 0,8%. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit wird in diesem Jahr auf rund 80 Mrd. € (3,7% des BIP) steigen; im nächsten Jahr ist das Minus auf 70 Mrd. € (3,2% des BIP) zu veranschlagen. Deutschland verfehlt damit in beiden Jahren das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

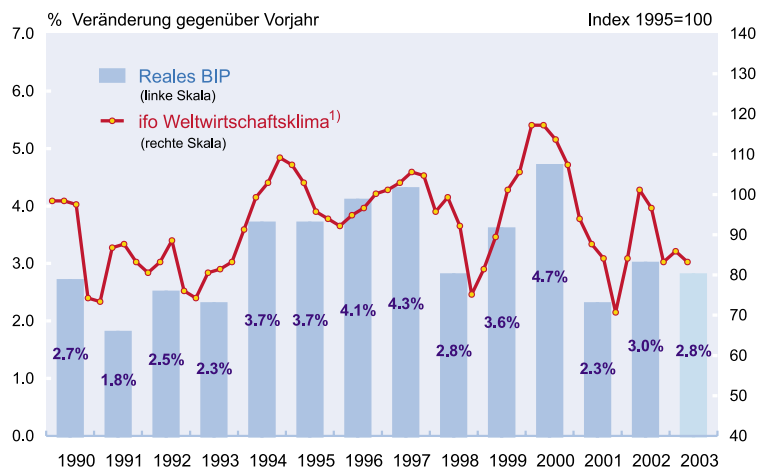
Überblick: Konjunktur weltweit mit wenig Dynamik

Die Weltkonjunktur zeigt sich im Frühsommer 2003 leicht aufwärtsgerichtet. Zu einer durchgreifenden Erholung ist es bisher weltweit noch nicht gekommen. Belastend wirkten in den ersten Monaten des Jahres die Irak-Krise, der zwischenzeitliche Höhenflug der Erdölpreise, der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS sowie die immer noch nicht überwundene Flaute im IT-Sektor. Nach den Ergebnissen des Ifo World Economic Survey (WES) hat sich das Weltwirtschaftsklima im April im Vergleich zum Januar sogar leicht verschlechtert (vgl. Abb. 1). Mit der Beendigung des Irak-Konflikts und dem damit verbundenen merklichen Rückgang der Ölpreise haben sich die Unsicherheiten aber inzwischen reduziert und die Aussichten gebessert. So fielen nach den neuesten WES-Ergebnissen die wirtschaftlichen Erwartungen der Befragungsteilnehmer, die nach dem 15. April, dem inoffiziellen Kriegsende, geantwortet hatten, in nahezu allen Wirtschaftsräumen deutlich günstiger aus als bei den Teilnehmern, die vor diesem Datum gemeldet hatten.

In den USA hat sich der moderate Konjunkturaufschwung bis zuletzt fortgesetzt.

Maßgeblich hierfür waren die expansiven monetären Rahmenbedingungen, die sich – bei anhaltend sehr niedrigem Zinsniveau – aufgrund der kräftigen Abwertung des US-Dollar nochmals deutlich gebessert haben. Zudem wirkt die Finanzpolitik weiterhin anregend. Gleichwohl blieb das Wachstumstempo der US-Wirtschaft relativ gering; im ersten Quartal 2003 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion nur mit einer laufenden Jahresrate von 1,9%. In Japan hat die Konjunktur, die nach der Rezession 2001 im vergangenen Jahr wieder in Schwung geraten war, zuletzt nahezu stagniert; die expansiven Impul-

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IMF, Economic Outlook April 2003; 2003: ifo Schätzung, Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2003.

¹ Unter Mitarbeit von M. Ruschinski.

se der Auslandsnachfrage sind wegen des höheren Außenwerts des Yen und auch wegen der vorwiegend in Südostasien virulenten Lungenkrankheit SARS abgeebbt. Auch in der europäischen Währungsunion (EWU) ist die konjunkturelle Expansion – den ersten Schätzungen von Eurostat zufolge – Anfang des Jahres zum Stillstand gekommen; bei allenfalls verhaltener Binnennachfrage wurde die Auslandsnachfrage vom Wertgewinn des Euro gegenüber den Währungen von Drittländern gedämpft. Die Arbeitslosigkeit nahm bis zuletzt saisonbereinigt zu, eine höhere Arbeitslosenquote wurde letztmals im Dezember 1999 registriert.

In Deutschland lahmte die Konjunktur nach wie vor, ein Aufschwung ist noch immer nicht in Gang gekommen. Bereits drei Jahre lang stagniert grosso modo die gesamtwirtschaftliche Produktion; eine derart langanhaltende Schwächephase hat es seit Beginn der achtziger Jahre nicht gegeben. Ausschlaggebend für die unbefriedigende Entwicklung war eine beispiellose Abfolge von exogenen Schocks, die größtenteils aus dem Ausland kamen, aber auch hausgemachte Faktoren haben zur Wachstumsflaute beigetragen. Dämpften im Jahr 2000 zunächst das abrupte Ende des IT-Booms, (damit verbundene) massive Kursverluste an den Weltbörsen und die Terms-of-Trade-Einbußen aufgrund des damaligen Höhenflugs des Rohölpreises, so erfassten ein Jahr später die globalen Schockwellen des Terrorangriffs auf die USA die deutsche Wirtschaft. Neuerliche Konjunkturoffnungen wurden seither zunichte gemacht durch die massiven Unsicherheiten im Gefolge des immer offener zu Tage tretenden Irak-Konflikts, den damit verbundenen temporären kräftigen Anstieg des Ölpreises und durch abermalige starke Kursrückgänge an den Finanzmärkten. Diese bremsen über negative Vermögenseffekte und erschwerte Finanzierungsbedingungen erneut Konsum und Investitionen. Zuletzt zeigten sich Bremsspuren beim Export infolge der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen; zudem berührte die Lungenkrankheit SARS – wie bereits der Irak-Konflikt – die Luftfahrt und den Tourismus negativ.

Ein besonderes Problem der deutschen Wirtschaft liegt – verglichen mit anderen Mitgliedstaaten der EWU – im außerordentlich schwachen Trendwachstum, das insbesondere durch ausstehende fundamentale Arbeitsmarkt- und Sozialreformen verursacht worden ist. Außerdem konnten andere EWU-Mitgliedstaaten im Gefolge der Konvergenz der Zinsen (auf das niedrige deutsche Niveau) seit 1995 in großem Maße Kapital attrahieren, was dort das Wirtschaftswachstum zu Lasten Deutschlands befördert. Schließlich belastet die ökonomisch misslungene Wiedervereinigung; Jahr für Jahr fließen umfangreiche öffentliche Nettofinanztransfers von West- nach Ostdeutschland, die den Spielraum für Steuer- und Abgabensenkungen reduzieren.

In den ersten Monaten des Jahres 2003 ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Jahresendquartal 2002 nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts sogar um 0,2% (auf laufende Jahresrate hochgerechnet: – 0,9%) gesunken. Nach der *Entstehungsrechnung* konnte der starke Einbruch der Bauproduktion, die durch das strenge Winterwetter mehr als saisonüblich behindert worden war, und die leichten Rückgänge in den Dienstleistungsbereichen auch durch einen kräftigen Anstieg der Industrieproduktion nicht kompensiert werden. Auf der *Verwendungsseite* ist für das Sinken der gesamtwirtschaftlichen Produktion der negative Impuls des Außenbeitrags (0,4 Prozentpunkte) maßgeblich; der positive Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage in Höhe von 0,2 Prozentpunkten wurde dadurch mehr als ausgeglichen. Die Importe stiegen im ersten Quartal 2003 mit einer laufenden Jahresrate von 7,9% sehr kräftig; insbesondere Mineralölprodukte wurden im Vorfeld des heraufziehenden Irak-Kriegs eingeführt. Die Exporte konnten hingegen in diesem Zeitraum nur um 2,9% (auf Jahresrate gerechnet) zulegen. Von den Komponenten der Binnennachfrage nahm der private Konsum – trotz umfangreicher Anhebung von indirekten Steuern und Sozialabgaben – saisonbereinigt zu. Hierzu trug nicht zuletzt ein leichter Rückgang der Sparquote bei; zu dem von vielen befürchteten Angstsparen ist es bisher nicht in nennenswertem Ausmaß gekommen. Erfreulich war auch die weitere Stabilisierung der Ausrüstungsinvestitionen; diese sind – nach eineinhalbjähriger stark rezessiver Entwicklung – zum zweiten Mal in Folge etwas gestiegen. Hingegen sanken die Bauinvestitionen, die sich in der zweiten Jahreshälfte 2002 stabilisiert hatten, wieder kräftig.

Auf dem *Arbeitsmarkt* hat sich die Lage im Gefolge der lahmen Konjunktur bis zuletzt weiter verschlechtert; inzwischen hat der Beschäftigungsabbau auch den Dienstleistungssektor erreicht. Seit dem letzten Beschäftigungshöhepunkt im Frühjahr 2001 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 700 000 oder um 1,7% verringert. Die Zahl der Arbeitslosen stieg seither fortgesetzt rasant an. Im April 2003 belief sie sich auf 4,46 Millionen, höhere Werte wurden zuletzt in den Herbstmonaten des Jahres 1997 registriert. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) war zuletzt mit 10,7% allerdings um rund einen Prozentpunkt niedriger als damals.

Der Anstieg der *Lebenshaltungskosten* hat sich nach dem steuerbedingten Preissprung zu Jahresanfang im Frühjahr wieder deutlich abgeflacht; im Mai betrug die Inflationsrate nur noch 0,7%. Maßgeblich für die aus Konsumentensicht außerordentlich vorteilhafte Preisentwicklung waren die importierten Stabilitätsgewinne, die kumulativ aus der kräftigen Aufwertung des Euro in Verbindung mit nachgebenden Weltmarktpreisen für Rohöl herrührten.

Weltwirtschaft: Nach schwacher Entwicklung 2003 wieder lebhafteres Wachstum 2004

Die Weltwirtschaft hat sich im ersten Halbjahr 2003 schwach entwickelt. Dämpfend wirkten die Irak-Krise, die zwischenzeitlich kräftig gestiegenen Ölpreise und der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS. Im weiteren Verlauf dieses Jahres ist indes eine Wende zum Besseren und im Jahr 2004 eine Erholung zu erwarten. Denn die retardierenden Momente fallen nun weg, und das Vertrauen von Konsumenten und Investoren wird gestärkt. Damit kann die überall deutlich expansive Geldpolitik ihre stimulierende Wirkung stärker entfalten, was die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert und die weitere Aufwärtsentwicklung der Aktienkurse unterstützt. Zudem dürften die Erdölpreise noch weiter sinken, und der Euro-Dollar-Kurs steigt noch etwas.

USA: Konjunkturpolitik zeigt Wirkung

Nach der Rezession im IT-Bereich und dem Schock des 11. September ist es im Jahr 2002 in den USA zu einer spürbaren Erholung gekommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion legte mit 2,4% deutlich zu. Getragen wurde die Entwicklung von dem durch kräftige Steuersenkungen angeheizten privaten Konsum und vom privaten Wohnungsbau. Insgesamt gingen die Bruttoanlageinvestitionen jedoch zurück, da die gewerblichen Investitionen angesichts gering ausgelasteter Kapazitäten weiter rückläufig waren. Die staatlichen Konsumausgaben wurden im Zuge des »Kriegs gegen den Terrorismus« deutlich ausgeweitet. In der Handels- und Dienstleistungsbilanz war erneut ein Negativsaldo zu verzeichnen; die Leistungsbilanz war im elften Jahr in Folge defizitär. Das moderate gesamtwirtschaftliche Wachstum

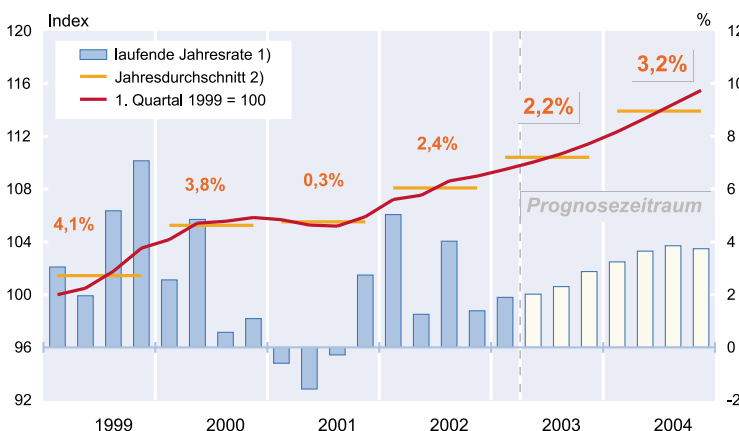
ging mit erheblichen Produktivitätsfortschritten einher, was die Arbeitslosenquote zum Jahresende auf 5,9% hochschnellen ließ. Die zurückhaltende Lohnentwicklung nahm zusätzlich Druck von den Verbraucherpreisen, die lediglich um 1,6% stiegen.

Die Wirtschaftspolitik in den USA ist im Prognosezeitraum stark expansiv ausgerichtet. Die bereits im Jahr 2001 eingeleiteten umfangreichen Steuerentlastungen fördern weiterhin die Konjunktur. Im Jahr 2003 stimulieren zusätzlich der Nachtragshaushalt für die Kriegsausgaben (mit einem Volumen von 79 Mrd. US-Dollar) und das jüngst verabschiedete Steuersenkungspaket (Entlastungen im Fiskaljahr 2003: 50 Mrd. US-Dollar; im Jahr 2004: 135 Mrd. US-Dollar). Das Defizit des Bundeshaushalts in Relation zum BIP wird deshalb in diesem Jahr bei 4 1/2% und im nächsten Jahr bei 4% liegen. Auch die Geldpolitik bleibt zunächst expansiv; erst im Jahr 2004 ist mit einer leichten Leitzinserhöhung zu rechnen. Der Lohnanstieg bleibt moderat, da die Gewerkschaften zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zu Lohnkonzessionen bereit sein dürften.

Im Jahr 2003 wird das Bruttoinlandsprodukt um 2 1/4% steigen (vgl. Abb. 2). Der steuerlich stark angestoßene private Verbrauch leistet hierzu den größten Beitrag. Trotz trüber Arbeitsmarktlage zeichnet sich ein Wiedererstarren des Verbrauchervertrauens ab. Die Bruttoanlageinvestitionen werden vorerst hingegen nur schwach zunehmen, da sich die Unternehmen zunächst noch abwartend verhalten. Der Staatsverbrauch wird – wegen der Kriegskosten und der Aufwendungen für den »Heimatschutz« – nochmals ausgeweitet; allerdings weniger stark als im Vorjahr. Die Exporte gewinnen im Gefolge der weltweiten Konjunkturerholung und der bisherigen Dollarabwertung an Fahrt. Aber auch die Importe steigen kräftig, so dass sich erneut ein negativer Außenbeitrag ergibt. Am Arbeitsmarkt kann erst zum Jahresende mit einer Wende gerechnet werden. Aufgrund des vorübergehenden Ölpreisanstiegs wird der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 2,2% betragen.

Im Jahr 2004 beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum; die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte um 3 1/4% steigen. Der private Konsum wird weiter zügig expandieren. Auch die Bruttoanlageinvestitionen werden kräftig ausgedehnt. Der Anstieg der Staatsausgaben flacht sich hingegen ab. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur langsam vorankommen. Dementsprechend wird die Arbeitslosenquote nur wenig sinken; im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte sie bei 5,8% liegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2% nahezu unverändert bleiben.

Abb. 2
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: BEA; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

Japan: Konjunktur ohne Schwung

In Japan hat die gesamtwirtschaftliche Produktion, die nach der Rezession des Jahres 2001 wieder in Fahrt gekommen war, im Jahresdurchschnitt 2002 aufgrund des merklichen Unterhangs kaum zugenommen. Die Ausfuhr expandierte außerordentlich kräftig, stimuliert durch die lebhaftere Nachfrage aus Asien und der realen Abwertung des Yen (im Vorjahr). Die Ertragslage der Unternehmen blieb allerdings gedrückt, und die nach wie vor mit enormem Wertberichtigungsbedarf kämpfenden Banken verfahren bei der Kreditvergabe sehr restriktiv. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden daher auf breiter Front deutlich zurückgenommen. Die Verbraucherpreise sanken im vierten Jahr in Folge (– 0,9%).

Die Wirtschaftspolitik dürfte in diesem wie im nächsten Jahr leicht expansiv ausgerichtet sein. Die japanische Notenbank setzt ihre Nullzinspolitik fort, unterstützt durch eine reichliche Liquiditätsversorgung. Wenn schon keine Abwertung gelingt, so dürfte sie den Wechselkurs des Yen zum US-Dollar zumindest stabil halten. Die Finanzpolitik hat angesichts des Konsolidierungszwangs nur geringe Spielräume. Von dem Steuerreformpaket (mit einem Entlastungsvolumen in Höhe von 14 Mrd. €) gehen nur geringe Investitionsanreize aus. Zur Stützung des Bankensektors und zur Restrukturierung der Wirtschaft werden weiterhin umfangreiche Mittel bereitgestellt. Insgesamt wird das öffentliche Finanzierungsdefizit nur geringfügig abgebaut, so dass der Schuldenstand bis Ende 2004 auf über 150% des Bruttoinlandsprodukts steigt.

Für das zweite Quartal 2003 deuten die vorliegenden Konjunkturdaten auf einen leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion hin. Eine Belebung ist erst im zweiten Halbjahr im Zuge der weltweiten Erholung, vor allem einem Anziehen der Konjunktur in den asiatischen Schwellenländern und in den USA zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird das Bruttoinlandsprodukt um etwa 1% expandieren (vgl. Abb. 3). Die Bruttoanlageinvestitionen werden noch weiter sinken, dank günstigerer Gewinnentwicklung und verbesserter Exportperspektiven jedoch verlangsamt. Aufgrund der Konsolidierungsbemühungen steigt der öffentliche Verbrauch nur schwach. Getragen von dem weltwirtschaftlichen Umfeld wird der Außenbeitrag erneut zunehmen; der Leistungsbilanzüberschuss dürfte auf rund 4% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Verbraucherpreise gehen erneut zurück (– 0,8%).

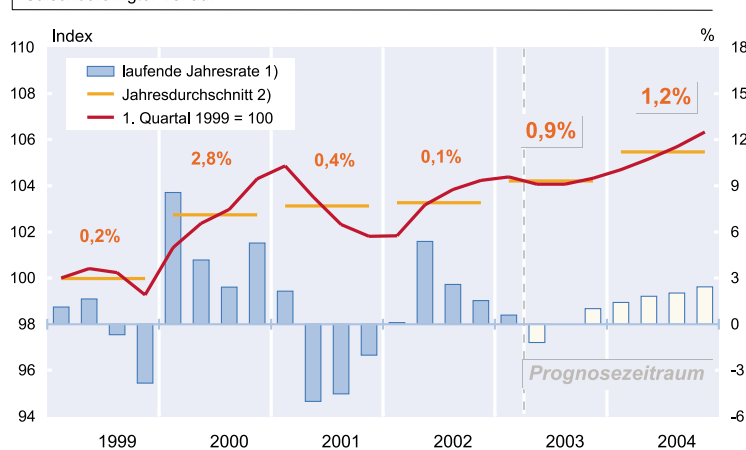
Im Jahr 2004 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 1¹/₄% nur leicht beschleunigt zunehmen, da der welt-

wirtschaftliche Aufschwung erst mit erheblicher Verzögerung auf die Binnennachfrage durchwirken wird. Insbesondere der private Konsum kommt aufgrund der trüben Arbeitsmarktlage und der Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern zum Erliegen. Auch die Bruttoinvestitionen stagnieren, weil die öffentliche Hand ihre Investitionen noch stärker als bisher zurückfährt. Der öffentliche Verbrauch dürfte hingegen im vorjährigen Tempo ausgeweitet werden. Der Export steigt durch den Nachfragesog aus Nordamerika und Südostasien kräftig, während die Importe im Schatten der schleppenden Konjunkturerholung nur langsam zunehmen. Das Sinken des Verbraucherpreisniveaus setzt sich fort.

Ostasiatische Schwellenländer: Unterbrochener Aufschwung

Die Wirtschaft in den ostasiatischen Schwellenländern hat – nach einer ausgeprägten Schwächephase – ab Anfang 2002 sehr kräftig expandiert. Entscheidend war der Exportboom, vor allem in die Hauptabnehmerländer Japan und USA. Mit dem Stocken der weltwirtschaftlichen Erholung ließ die Auslandsnachfrage jedoch deutlich nach. Obwohl die Inlandsnachfrage, kräftig angeregt von der Wirtschaftspolitik, meist erheblich anzog, nahm die konjunkturelle Dynamik insgesamt ab. Der Preisauftrieb verlangsamte sich weiter und war insgesamt moderat.

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums hat sich im laufenden Jahr zunächst fortgesetzt. Neben der flauen Weltkonjunktur wirkte die temporäre Verteuerung des Erdöls und vor allem die Lungenkrankheit SARS bremsend. Zudem ist die Wirtschaftspolitik wegen aufkommender Inflationsrisiken und deutlich gestiegener Haushaltsdefizite nicht mehr ganz so expansiv ausgerichtet wie zuvor. Aber die

Abb. 3**Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan**
Saisonbereinigter Verlauf

1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

retardierenden Einflüsse schwinden bereits ab der Jahresmitte. Zudem intervenieren verschiedene Zentralbanken an den Devisenmärkten, um die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem US-Dollar zu bremsen. Die Wirtschaftsentwicklung dürfte im Einzelnen jedoch sehr unterschiedlich sein: Während Hongkong, Singapur und Südkorea eine Rezession durchliefen und Taiwan in einem deutlichen Wirtschaftsabschwung steckt (dieser ist wesentlich durch massive Produktionsverlagerungen auf das chinesische Festland, also strukturell bedingt), zeigt sich die Konjunktur in Indonesien, Malaysia, auf den Philippinen und in Thailand relativ robust. Die Inflation bleibt insgesamt mäßig. Zusammengenommen dürfte das Bruttoinlandsprodukt der ost- und südostasiatischen Schwellenländer (ohne China) im Jahr 2003 um 3 $\frac{1}{2}$ % expandieren. China selbst bleibt – trotz SARS-bedingter Einbußen – mit einer Wachstumsrate von erneut über 7% klarer Konjunkturmotor im asiatischen Raum.

Im Jahre 2004 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in der Region um reichlich 4% ausgeweitet werden. Nach langer Flaute ist mit einer spürbar steigenden Nachfrage nach IT-Produkten zu rechnen. Ausschlaggebend für die konjunkturelle Entwicklung sind die deutlich anziehenden Lieferungen nach Japan, den USA und nach China, das sein hohes Wachstumstempo ungebrochen beibehalten dürfte. Die Inlandsnachfrage verläuft dagegen recht unterschiedlich. Während sie im Zuge der Ausfuhrsteigerung in Singapur und Südkorea wieder anzieht, dürfte der Konsum in den anderen Ländern langsamer ausgeweitet werden. In Hongkong leidet die Konjunktur weiter unter der Abwanderung von Produktion zur VR China, fallenden Immobilienpreisen und schwindender Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Verbraucherpreise erhöhen sich etwas rascher als im Jahr 2003, wenngleich meist immer noch mäßig.

Lateinamerika: Spürbare Erholung erst ab 2004

Im Jahre 2002 sind Nachfrage und Produktion leicht zurückgegangen. Finanzkrisen, beträchtliche Kapitalabflüsse, Währungsabwertungen, teilweise sehr hohe Inflationsraten und Zinsen, steigende Arbeitslosigkeit und politische Unsicherheiten bestimmten die Entwicklung. In Brasilien und Mexiko wies die Konjunktur nur mäßig aufwärts, während Argentinien in eine tiefe Krise geriet und Venezuela sowie einige kleinere Volkswirtschaften in der Rezession steckten.

Für das laufende Jahr zeichnet sich ein wiederum uneinheitliches Bild ab. Mexiko hat nach wie vor mit den geringsten Problemen zu kämpfen, da die Wirtschaft infolge der äußerst hohen Abhängigkeit von den USA im Schlepptau der dortigen Konjunkturerholung wächst. Entscheidend ist

jedoch die deutlich zum Besseren gewendete Lage in Brasilien. Die neue Regierung da Silva steuert einen auf Haushalts- und geldpolitische Disziplin angelegten Kurs unter Vermeidung sozialpolitischer Experimente. Auslandskapital kehrt zurück, der Wechselkurs des Real erholt sich, und das Leistungsbilanzdefizit sinkt dank steigender Exporte. Argentinien hat zwar das Schlimmste überstanden, die Krise ist aber noch nicht überwunden. Demgegenüber ist in Venezuela noch kein Ende der Rezession abzusehen. Auch einige andere kleinere Länder – z.B. Peru – stecken nach wie vor in erheblichen Schwierigkeiten. Insgesamt dürfte in Lateinamerika das Bruttoinlandsprodukt um 1 $\frac{1}{4}$ % expandieren.

Mit der Festigung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs im Laufe des Jahres 2004 ist auch eine Besserung der Konjunktur zu erwarten. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte um etwa 3% zunehmen, wobei die Entwicklung im Wesentlichen von den drei großen Ländern geprägt ist. Am günstigsten wird die Lage in Mexiko sein. In Brasilien festigen politische Stabilität, wirtschaftspolitische Berechenbarkeit und außenwirtschaftliche Besserung allmählich das Vertrauen, so dass auch das Investitionsklima langsam günstiger wird. Argentinien profitiert von der brasilianischen Konjunktur ebenso wie vom weltwirtschaftlichen Aufschwung, begünstigt durch den stark abgewerteten Peso. Demgegenüber bleibt die Lage in Venezuela und in einigen kleineren Ländern unberechenbar und ohne Indizien für eine nennenswerte Besserung.

Mitteuropa: Wirtschaftswachstum leicht beschleunigt

Die Wirtschaft in den Transformationsländern Mitteleuropas und des Baltikums wuchs im vergangenen Jahr zwar weiter deutlich, doch ließ der Schwung trotz erheblich gelockerter Geldpolitik und verschiedentlich expansiver Finanzpolitik nach. Maßgeblich hierfür war vor allem die langsamer steigende Ausfuhr als Folge des schwachen Wirtschaftswachstums beim Haupthandelspartner Westeuropa und der vielfach überbewerteten Währungen. Das Bruttoinlandsprodukt expandierte um 2 $\frac{1}{2}$ %, nach 2 $\frac{3}{4}$ % im Jahre 2001. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich lebhaft. Der Preisauftrieb ließ erheblich nach, da die Nahrungsmittelpreise infolge guter Ernten sanken und Importe billiger wurden. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise um 4 $\frac{3}{4}$ %, doch war die Streuung um diesen Mittelwert beträchtlich. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage kaum. Die zusammengefasste Leistungsbilanz wies einen gegenüber 2001 kräftig erhöhten Passivsaldo aus.

Im Prognosezeitraum wird die Konjunktur weiter stimuliert, wenngleich mit abnehmender Intensität. Die Geldpolitik bleibt

deutlich expansiv ausgerichtet, da weitere Leitzinssenkungen bei fortgesetzter Stabilisierung des Preisniveaus und verschiedentlich immer noch überhöhten Wechselkursen wahrscheinlich sind. Die Lohnpolitik ist weiter expansiv. Demgegenüber schwenkt die Finanzpolitik im laufenden Jahr auf eine annähernd neutrale, im nächsten Jahr sogar auf eine restriktive Linie ein. Allerdings gehen die in einigen Ländern beträchtlichen Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand nur langsam zurück.

Im Jahr 2003 ist eine schwache Beschleunigung von Nachfrage und Produktion zu erwarten; das Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um $2\frac{3}{4}\%$ erhöhen. Von dem im Jahr 2004 erfolgenden Beitritt von acht mitteleuropäischen und baltischen Ländern zur EU sind zusätzliche Impulse kaum zu erwarten. Denn die Integration der Gütermärkte ist bereits weit gediehen, und seit längerem ist der EU-Beitritt in den Planungen der Investoren enthalten. Die Binnennachfrage bleibt im laufenden Jahr das weitaus wichtigste Standbein der Konjunktur. Der private Konsum legt, stimuliert vom kräftigen Reallohnzuwachs und sinkenden Zinsen, erneut schwungvoll zu, zumal die Beschäftigung etwas steigt. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen dürften lebhaft ausgeweitet werden, nicht zuletzt weil in Polen die zweijährige Investitionsrezession überwunden wird. Die Expansion der Ausfuhr beschleunigt sich nur allmählich. Zwar hat der interregionale Austausch inzwischen eine beträchtliche Größenordnung erreicht und floriert nach wie vor lebhaft. Aber die Erholung in Westeuropa kommt nur schleppend voran, und die Abwertung des US-Dollar verschlechtert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Verbraucherpreise werden mit etwa 4% verlangsamt steigen, nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich nur wenig; die Produktivitätsfortschritte entsprechen in etwa dem Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 14%.

Im Jahr 2004 ist mit einer etwas stärkeren konjunkturellen Beschleunigung zu rechnen, obwohl die Anstöße seitens der Wirtschaftspolitik nur noch schwach sein werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandiert um $3\frac{1}{4}\%$, wobei nun der Export im Gefolge der günstigeren Konjunktur in Westeuropa die stärkste Dynamik entfaltet. Der private Konsum wird etwa im bisherigen Tempo ausgeweitet, neben kräftig steigenden Reallohnen und gesunkenen Zinsen nun auch stimuliert durch eine spürbare Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Bruttoanlageinvestitionen gewinnen auf breiter Front an Dynamik. Denn die Kapazitätsauslastung nimmt zu, Finanzierungskosten sowie Absatz- und Ertragserwartungen sind günstig, und die Attraktivität für ausländische Investoren dürfte alles in allem beträchtlich bleiben. Die Konsumentenpreise werden voraussichtlich um knapp 4% steigen. Die Arbeitslosenquote fällt auf rund 13%.

Westeuropa

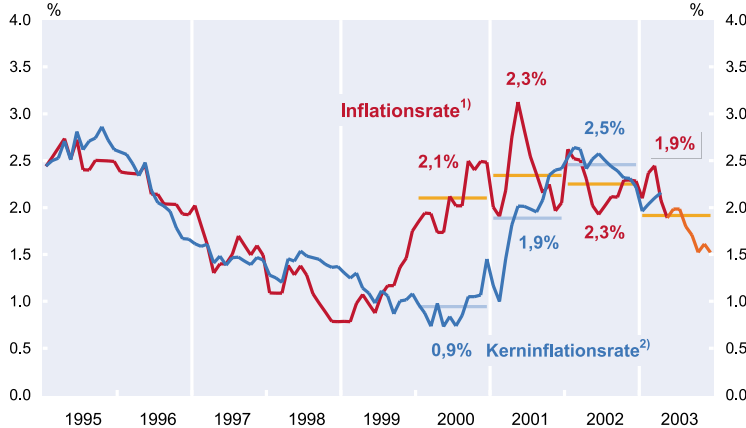
Aktuelle Lage: Bei flauer Konjunktur verlangsamer Preisauftrieb

Nachdem die europäische Wirtschaft Ende 2001 knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt war, beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2002 wieder. Dem folgte eine neuerliche Verlangsamung aufgrund der weltwirtschaftlichen Abschwächung, die den Export während des zweiten Halbjahrs annähernd stagnieren ließ; da der Import gegenüber 2001 nicht zunahm und die Terms of Trade günstiger wurden, erhöhte sich das Aktivum der Leistungsbilanz auf $\frac{3}{4}\%$ des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Ausfuhr ist mit 1,1% stärker gestiegen als die Inlandsnachfrage (+ $\frac{3}{4}\%$). Diese nahm im Verlauf nur sehr schleppend zu, obwohl die Wirtschaftspolitik Impulse gab. Von der Geldpolitik kamen deutliche Anstöße. Die Lohnpolitik stimulierte zwar den privaten Konsum durch stärker steigende Reallohne, indem sie auf die unerwartet hohen Preissteigerungen von 2001 und Anfang 2002 reagierte. Aber die flauere Konjunkturentwicklung blieb unberücksichtigt, so dass auch die Lohnstückkosten deutlich anzogen. Dadurch wurden Investitionsklima und preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Letztere ist aber immer noch nicht schlecht, da der US-Dollar trotz der seit März 2002 zu beobachtenden Aufwertung des Euro unterbewertet blieb und einige der mittel- und osteuropäischen Währungen gegenüber dem Euro höher bewertet wurden. Die Finanzpolitik war demgegenüber etwa neutral ausgerichtet. Der aggregierte Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte stieg auf $1\frac{3}{4}\%$ des BIP, bedingt durch das konjunkturbedingte Wirken der automatischen Stabilisatoren. Dabei wurde in Frankreich und in Deutschland das vom Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzte Limit von 3% des BIP überschritten. Die anderen Länder blieben deutlich unter dieser Marke oder verzeichneten Überschüsse. Von den großen Nachfrageaggregaten wies der öffentliche Verbrauch mit $2\frac{3}{4}\%$ die höchste Expansionsrate aus. Der private Konsum (+ $1\frac{1}{2}\%$) nahm deutlich langsamer zu als im Vorjahr, bedingt durch die laufende Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung nahm seit der Jahresmitte ab, während die Arbeitslosenquote stieg. Sie lag im Jahresdurchschnitt mit 8,3% etwas höher als 2001. Retardierend auf das Wirtschaftswachstum wirkte vor allem die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen. Sinkende Kapazitätsauslastung, verschlechterte Ertragslage, ungünstiger werdende Absatz- und Ertragserwartungen ließen diese um $2\frac{1}{2}\%$ zurückgehen. Etwa doppelt so stark brachen die Ausrüstungsinvestitionen ein, während sich die Rezession der Bauinvestitionen verlangsamt fortsetzte.

Die Konsumentenpreise in Westeuropa lagen im Jahresdurchschnitt 2002 um 2,1% über dem Niveau von 2001. Im Euroraum stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex

Abb. 4

Inflation und Kerninflation im Euroraum
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

(HVPI-EWU) im gleichen Zeitraum um 2,5% (vgl. Abb. 4); der Preisauftrieb war damit etwas höher als die von der Europäischen Zentralbank (EZB) als mit Preisniveaustabilität vereinbar betrachtete Grenze von unter 2%. Im Mai 2003 ist die Inflationsrate nach ersten Schätzungen von Eurostat mit 1,9% zum ersten Mal seit Juni vergangenen Jahres wieder unter diese Marke gefallen. Die um die besonders volatilen Preiskomponenten, nämlich Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, bereinigte Inflationsrate, die der Approximation des eigentlichen Preistrends (Kerninflation) dient, betrug im April noch 2,2%. Wesentliche Ursachen für die günstige Entwicklung der letzten Monate waren die Verlangsamung des Preisauftriebs im Dienstleistungssektor sowie bei Industriegütern ohne Energie.

Geldpolitik expansiv ausgerichtet

Die Geldpolitik in Westeuropa und auch für den Euroraum ist gegenwärtig deutlich expansiv ausgerichtet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Zinssenkungspolitik in diesem Jahr fortgesetzt und die Leitzinsen in zwei Zinsschritten im März und im Juni insgesamt um weitere 75 Basispunkte auf ein historisch niedriges Niveau von 2% gesenkt. Die Dreimonatzzinsen befinden sich nominal mit etwa 2,1% und real im Bereich von null gegenwärtig auf sehr niedrigem Niveau. Angesichts der Leitzinsentwicklung sowie des sich weiter verschlechternden konjunkturellen Umfelds sind auch die Kapitalmarktzinsen im Euroraum gemessen an den Renditen 10-jähriger Staatsanleihen in den letzten Monaten weiter deutlich gesunken. Sie lagen Ende Mai bei 3,8% nominal und etwa

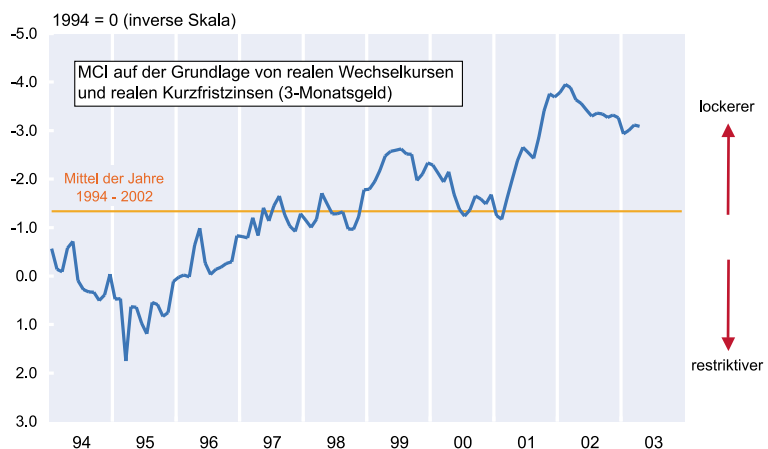
2% real. Der konjunkturstimulierenden Zinsentwicklung im Euroraum steht die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen angesichts der deutlichen Aufwertung des Euro gegenüber.

Auch für Deutschland ist die Geldpolitik der EZB derzeit als expansiv einzuschätzen, jedoch in geringerem Ausmaß als für den Euroraum insgesamt. Angesichts des geringeren Preisauftriebs dürften in Deutschland sowohl die kurzfristigen als auch die langfristigen Realzinsen etwas höher liegen als im Euroraum. Dagegen hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen aufgrund des unterdurchschnittlichen Preisanstiegs in geringerem Ausmaß verschlechtert als im Euroraum.

Die Geldmenge M3 ist im Euroraum in den vergangenen Monaten weiterhin stark gestiegen. So lagen sowohl die Jahreswachstumsrate von M3 mit 8,7% als auch der zentrierte gleitende Dreimonatsdurchschnitt mit 8,2% im April wie bereits seit Mitte 2001 deutlich über dem Referenzwert von 4,5%. Dagegen entwickelte sich die Kreditvergabe an den privaten Sektor angesichts der aktuellen Konjunkturlage weiterhin moderat. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor betrug im April 4,6%. Auch die Wachstumsrate der längerfristigen finanziellen Verbindlichkeiten entwickelt sich weiterhin schwach. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass es angesichts der hohen Unsicherheiten an den Finanzmärkten sowie des niedrigen Zinsniveaus der Geldhaltung seit einiger Zeit zu Portfolioumschichtungen zugunsten sichererer und liquiderer in M3 enthaltener Anlageformen gekommen ist. All dies spricht

Abb. 5

Indikator der monetären Bedingungen (Monetary Conditions Index) für den Euroraum (Basis: Kerninflationsrate HVPI-EWU)



Quelle: EZB, Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

dafür, dass die starke Ausweitung von M3 die nachfrage-wirksame Geldhaltung gegenwärtig überzeichnet.

Insgesamt betrachtet gehen von den monetären Rahmenbedingungen gegenwärtig weiterhin positive Impulse auf die Konjunktur aus. Diese Einschätzung wird auch durch den Indikator der monetären Bedingungen² gestützt, der von der Veränderung des realen Euro-Wechselkurses und der Entwicklung der Realzinsen bestimmt wird (vgl. Abb. 5).

Finanzpolitik schwenkt auf neutralen Kurs – Lohnpolitik findet gemäßigte Linie

Die Finanzpolitik bleibt in fast allen westeuropäischen Ländern um eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bemüht, die vor allem durch weiter steigende Fehlbeträge der hochdefizitären Sozialversicherungssysteme zunehmend belastet werden; eine wesentliche Ausnahme bildet Großbri-

tannien, wo eine expansive Finanzpolitik zur Verbesserung der vielfach maroden öffentlichen Infrastruktur betrieben wird. Allerdings werden die Konsolidierungsziele in den meisten Fällen verfehlt. Denn das Wirtschaftswachstum fällt 2003 geringer aus als in den Haushaltsvoranschlägen unterstellt. Die hieraus resultierenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen werden meist hingenommen. Das geschieht auch in Frankreich, wo kaum etwas getan wird, um den weiteren Anstieg des Fehlbetrages zu verhindern, obwohl dieser be-

² Im Monetary Conditions Index (MCI) werden die Veränderungen der monetären Rahmenbedingungen – gemessen an der gewichteten Summe aus realen Wechselkurs- und Zinsbewegungen – in einem Indikator ausgedrückt: $MCI = g_{we} + (we^R - we^F) + g_i \cdot (i^R - i^F)$. Mit we^R wird der effektive reale Wechselkurs des Euro bezeichnet; mit i^R der kurzfristige Realzins (Zins für Dreimonatsgeld abzüglich Kerninflationrate). Damit der normalerweise weitaus volatilere reale Wechselkurs nicht die Gesamtbewegung des MCI dominiert, wurden die Gewichtungskoeffizienten g_{we} und g_i so quantifiziert, dass die Variabilität der beiden Zeitreihen gleich groß ist. Das Verhältnis der Gewichte von Realzins und realem effektiven Wechselkurs des Euro beträgt hier 10:1. Vgl. W. Nierhaus, Zwei Indikatoren zur Beurteilung der Geldpolitik der EZB, ifo Schnelldienst 54 (5), 2001, S. 47–49.

Kasten Zur Revision der geldpolitischen Strategie der EZB

Ende 1998 hatte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre bisherige geldpolitische Strategie spezifiziert. Diese sollte den Unsicherheiten über die Wirtschaftsprozesse im Euroraum im Allgemeinen und dem Transmissionsmechanismus der einheitlichen Geldpolitik im Speziellen Rechnung tragen. Die Strategie umfasste drei Hauptelemente. Sie bestand erstens aus einer quantitativen Definition des vorrangigen Ziels der EZB, der Preisniveaustabilität. Diese wurde als ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum von mittelfristig unter 2% (gegenüber dem Vorjahr) definiert. Die weiteren Elemente der Strategie, die so genannten beiden Säulen, dienen der Erreichung dieses Ziels. In der ersten Säule wurde der Geldmenge eine herausragende Rolle zugewiesen, was auf dem Ansatz basiert, dass Inflation mittel- bis langfristig ein monetäres Phänomen ist. Konkretisiert wird die Säule durch die Ankündigung eines Referenzwertes für das Wachstum des breiten Geldmengenaggregats M3. Dieser wurde bislang jährlich überprüft. Die zweite Säule ergänzt die erste durch die detaillierte Analyse einer Vielzahl ökonomischer und finanzieller Indikatoren, die Informationen über die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung und Risiken für die Preisniveaustabilität liefern.

Die im Mai 2003 vom EZB-Rat getroffenen Entscheidungen zur Änderung der geldpolitischen Strategie betreffen alle drei Elemente der bisherigen Strategie. In Bezug auf die Preisniveaustabilität hat sich die EZB entschieden, die ursprüngliche Definition zwar grundsätzlich beizubehalten, jedoch klarzustellen, dass hierunter ein mittelfristiger Anstieg des Preisniveaus von unter, aber nahe bei 2% zu verstehen ist. Diese Änderung hat im Wesentlichen zwei Konsequenzen. Sie stellt erstens eine wünschenswerte Präzisierung des Inflationsziels dar. Mangels der Vorgabe einer konkreten Untergrenze für den mit Preisniveaustabilität vereinbaren Preisauftrieb war die Spannweite eines impliziten Zielwertes für den mittelfristig angestrebten Preisauftrieb bislang relativ groß. Er hätte im Extremfall grundsätzlich im Bereich von etwa 0,5 bis knapp unter 2% liegen können. Diese Spannweite verdeutlicht ferner, dass mit der Präzisierung der Definition auf einen Preisauftrieb nahe 2% grundsätzlich auch eine Anhebung des impliziten Inflationsziels verbunden sein könnte. Aus Sicht des ifo Instituts sprechen gewichtige Argumente sogar dafür, dass das implizite Inflationsziel der EZB im Bereich von 2 1/2% liegen sollte. Dies würde die Gefahr deflationärer Tendenzen in EWU-Ländern mit strukturell unterdurchschnittlichem Preisauftrieb (Balassa-Samuelson-Effekt) verringern. Diese Überlegung ist für Deutschland besonders bedeutsam, da es hier bei dem bisherigen EZB-Ziel von unter 2% mit die niedrigsten Inflationsraten im Euroraum gab. Des Weiteren gibt dieses höhere Inflationsziel der Geldpolitik einen größeren Spielraum, auf adverse Schocks zu reagieren und die Realzinsen stärker zu senken. Hinzu kommt, dass es bei asymmetrischen negativen Schocks wünschenswert sein kann, die Reallöhne in den betroffenen Ländern rasch zu senken. Dies ist bei Vorliegen nominaler Rigiditäten durch das etwas höhere Inflationsziel einfacher zu erreichen.

Weiterhin hat die EZB die Kommunikation ihrer geldpolitischen Beschlüsse neu strukturiert. Künftig wird zunächst die Analyse der kurz- bis mittelfristigen Risiken der Preisniveaustabilität (frühere zweite Säule) präsentiert, gefolgt von der monetären Analyse, die eine Einschätzung der mittel- bis langfristigen Inflationsentwicklung (bisherige erste Säule) liefert. Die monetäre Analyse dient dabei im Wesentlichen der Überprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse. Durch diese Umstellung soll die komplementäre Natur der beiden Säulen und die gegenseitige Überprüfung der Informationen zwischen den beiden Säulen, aus der das Gesamtbild der Risiken für die Preisniveaustabilität gewonnen wird, verdeutlicht werden. Zudem wurde die jährliche Überprüfung des Referenzwertes für das Wachstum der Geldmenge M3 aufgegeben, mit dem Ziel, die längerfristige Ausrichtung des Referenzwertes hervorzuheben.

Die Umstellung der Reihenfolge der Säulen, die geänderten Formulierungen bei der monetären Analyse als auch die Abschaffung der jährlichen Überprüfung des Referenzwertes sprechen dafür, dass die Bedeutung der monetären Analyse im Vergleich zur anderen Säule, zumindest in der Kommunikation der geldpolitischen Entscheidungen, zurückgenommen wurde. Hintergrund dieser Neubewertung dürfte die seit längerem zu beobachtende nachhaltige und starke Abweichung der Geldmenge M3 von ihrem Referenzwert sein. Da der starke Anstieg von M3 wesentlich durch nicht nachfrage-wirksame Portfolioumschichtungen in Folge der erheblichen Unsicherheiten an den Finanzmärkten verursacht wurde, spiegelten sich diese Abweichungen nicht entsprechend in den Zinsbeschlüssen wider und erschwerten die Kommunikation der EZB. Aus diesen kurzfristigen Instabilitäten kann jedoch noch nicht auf eine langfristige Instabilität der Geldnachfrage geschlossen werden. Insofern sollten wie bisher die Informationen der monetären Analyse über die mittel- bis langfristigen Risiken für die Preisniveaustabilität eingehend berücksichtigt werden.

reits 2002 mit 3,1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) die im Stabilitäts- und Wachstumspakt gezogene Grenze von 3% des BIP überschritten und eine Abmahnung der EU-Kommission induziert hatte. Verschiedentlich, etwa in Deutschland (wegen des die 3%-Marke spürbar überschreitenden Defizits von der EU-Kommission ebenfalls verwahrt) und in den Niederlanden sucht man den dadurch verursachten Anstieg des Budgetdefizits durch Abstriche bei den Ausgabenansätzen, oder wie in Italien, durch finanzpolitische Akrobatik (u.a. neuerliche Amnestie für Steuerhinterzieher und vermutlich mit EU-Richtlinien nicht kompatible Ausgliederungen öffentlicher Dienste) zu begrenzen. Verschiedentlich kam es auch zu Steuer- und Abgabenerhöhungen. Steuer- und Abgabenerleichterungen gibt es nur mehr vereinzelt. Die aggregierten Salden der öffentlichen Haushalte dürften 2003 ein Minus in der Größenordnung von 2 1/2% des BIP ausweisen, nach 1 3/4% im vergangenen Jahr. 2004 ist infolge günstigerer Konjunktur und zunehmend greifender Sparmaßnahmen ein Rückgang auf 2 1/4% zu erwarten.

Die Lohnpolitik fand 2003 unter dem Eindruck der fortgesetzten Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt und des schwächer werdenden Preisauftriebs in mehreren, meist kleineren Ländern wieder zu einer gemäßigeren Linie zurück. In anderen Fällen, namentlich in Großbritannien, Italien und Deutschland, steigen die Arbeitsentgelte jedoch stärker als 2002. Bei weiter sinkender Lohndrift dürften die Arbeitsentgelte 2003 je Beschäftigten um 3 1/4% und 2004 um ca. 3% steigen.

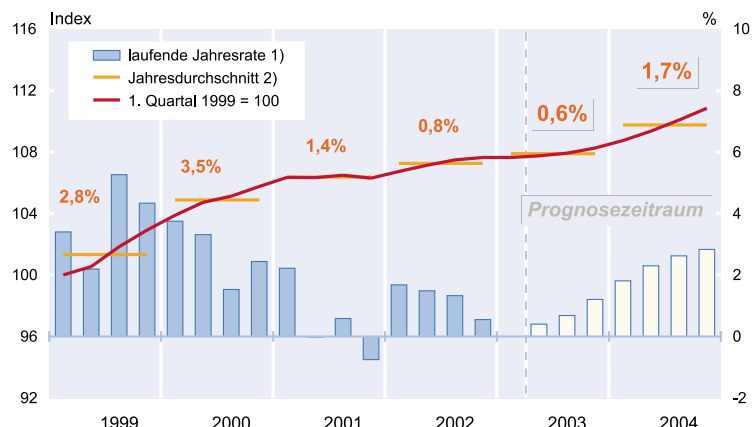
Ausblick: 2003 konjunkturell schwach; 2004 mehr Dynamik

Nachfrage und Produktion in Westeuropa bewegen sich bis in den Sommer 2003 hinein weiter im Kriechgang. Hierauf deuten die Klimaindikatoren hin, die allerdings auch ein Ende der Verschlechterung signalisieren. Zunächst haben vor allem kräftig gestiegene Ölpreise sowie die Unsicherheiten im Vorfeld des Irak-Konflikts retardierend gewirkt. Als letzterer im April beendet war und Öl wieder billiger wurde, blieb der erwartete Stimmungsumschwung aus. Diese Enttäuschung belastet vorderhand die Entwicklung. Hinzu addieren sich erhebliche Irritationen infolge der verschiedentlich von Streiks begleiteten Diskussionen über strukturelle Reformen. Und die überraschend schnelle und starke Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro beunruhigt Teile der Exportwirtschaft. Andererseits werden die monetären Lockerungen sowie die weiter gesunkenen Langfristzinsen zunehmend wirksam, zumal die Aktienkurse wieder aufwärts tendieren.

Die Konjunktur gewinnt jedoch im zweiten Halbjahr 2003 nur langsam an Schwung. Das Bruttoinlandsprodukt in Westeuropa sowie im Euroraum dürfte im Jahresergebnis um 0,8 bzw. um 0,6% expandieren (vgl. Abb. 6). Nur wenig stärker – und hierauf lässt das stark gedrückte Konsumklima schließen – erhöht sich der private Konsum, obwohl die Reallöhne rascher steigen als im vorigen Jahr. Dämpfend wirken die weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt und die beabsichtigten Einschnitte in das soziale Netz. Auch wurden nur noch in wenigen Ländern Einkommensteuern gesenkt. Der Staatskonsum dürfte als Folge der überwiegend angespannten Haushaltslage verlangsamt ausgeweitet werden. Die Bruttoanlageinvestitionen gehen zunächst weiter zurück, finden aber im späteren Verlauf des Jahres aus dem Tief heraus. Das gilt aber erst ansatzweise für die Bauinvestitionen, wobei die niedrigen Zinsen stimulieren und sich in Deutschland infolge eines Sondereffekts³ eine kräftige Zunahme des Wohnungsneubaus abzeichnet. Die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich trotz weiter gesunkener Zinsen erst gegen Ende des Jahres wieder, da die niedrige Kapazitätsauslastung sowie gedrückte Absatz- und Ertragserwartungen zunächst noch dämpfen. Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen dominieren bei weitem. Besonders bei IT-Ausrüstungen besteht nach der langjährigen Flaute ein erhöhter Erneuerungsbedarf. Die Ausfuhr erholt sich im Zuge der allmählich einsetzenden weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, wenn auch gebremst durch die Abwertung des US-Dollars. Die Importe dürften aber etwas stärker steigen, so dass der Wachstumsimpuls des Außenbeitrags bei null liegt. Der Überschuss der zusammenge-

³ Hier hat die Diskussion über eine mögliche Abschaffung der Eigenheimzulage dazu geführt, dass vielfach für die nächsten Jahre geplante Bauvorhaben vorgezogen werden, um auf jeden Fall noch in den Genuss der vollen Förderung zu gelangen.

Abb. 6
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Institut (Juni 2003).

fassten Leistungsbilanz geht bei nochmals verbesserten Terms of Trade etwas zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt setzen sich Beschäftigungsrückgang und Anstieg der Arbeitslosenquote in Westeuropa dürfte sich im Jahresdurchschnitt auf gut 9% erhöhen. Nach der ölpreisbedingten Inflationsbeschleunigung zu Jahresbeginn steigen die Konsumentenpreise in Westeuropa und im Euroraum infolge niedrigerer Ölpreise und verbilligter Einfuhren aus dem Dollarraum verlangsamt. Sie werden das Niveau von 2002 um 1³/₄% übersteigen.

Im Jahre 2004 expandieren Nachfrage und Produktion beschleunigt, obwohl die Wirtschaftspolitik nicht mehr stützt. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in Westeuropa um rund 2% und im Euroraum um 1³/₄% wachsen. Zyklische Kräfte beginnen sich allmählich durchzusetzen und die Inlandsnachfrage zu stützen. Das gilt in erster Linie für die Bruttoanlageinvestitionen, und hier insbesondere für die Ausrüstungsinvestitionen. Die langjährige Phase der Bilanzkonsolidierungen und Umstrukturierungen im Unternehmenssektor läuft aus und trägt in Form zunehmender Ertragskraft Früchte. Bei immer noch niedrigen, wiewohl im weiteren Jahresverlauf langsam steigenden, Kapitalmarktzinsen und aufwärts weisenden Aktienkursen sind die Finanzierungsbedingungen günstig. Zudem verbessern eine zunehmende Auslastung der Kapazitäten sowie optimistischere Absatz- und Ertragserwartungen das Investitionsklima. Der Bedarf an Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen ist immer noch sehr hoch. Auch die Bauinvestitionen nehmen zu, wiewohl sehr moderat, wesentlich gestützt durch den Wohnungsbau und – gegen Ende des Jahres – vom gewerblich-industriellen Bau. Infolge anhaltender Budgetrestriktionen schwächt sich die Zunahme des öffentlichen Konsums erneut ab. Der private Konsum gewinnt etwas an Schwung, auch weil im zweiten Halbjahr die Beschäftigung zuzunehmen beginnt. Die Reallöhne steigen etwa im Ausmaß des Vorjahres, verschiedentlich werden die Einkommensteuern gesenkt, und die verbesserten konjunkturellen Aussichten lassen eine Verringerung der Sparquote erwarten. Die Ausfuhr nimmt im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs spürbar zu, auch weil die dämpfenden Wirkungen der diesjährigen Euro-Aufwertung allmählich nachlassen; die Erfahrung zeigt, dass für die Exportentwicklung vor allem die Konjunktur im Ausland und erst in zweiter Linie der Wechselkurs entscheidend ist. Der Import expandiert in etwa gleichem Tempo, so dass bei weiter verbesserten Terms of Trade in der zusammengefassten Leis-

Tab. 1
Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2001	2002	2003	2004
Industrieländer				
USA	0,3	2,4	2,2	3,2
Japan	0,4	0,1	0,9	1,2
Euroraum	1,4	0,8	0,6	1,7
Schwellenländer				
Mittel- und Osteuropa	2,7	2,5	2,7	3,2
Ostasien ¹⁾	0,9	4,3	3,5	4,1
Lateinamerika ²⁾	0,0	-1,5	1,2	3,0

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen. – ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf der Grundlage von Ursprungsdaten nationaler Institutionen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; 2003 und 2004 Prognose des ifo Instituts.

tungsbilanz wiederum ein Überschuss in der Größenordnung von ³/₄% des BIP resultiert.

Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation zunächst noch etwas, doch setzt ab der Jahresmitte eine Besserung ein. Die Arbeitslosenquote verharrt im Schnitt des Jahres bei 9%. Der Preisanstieg verlangsamt sich noch etwas, auch weil die stabilisierenden Effekte der Einfuhrpreise anhalten. Hinzu kommt, dass die Lohnstückkosten sinken und der Aufschwung noch nicht kräftig genug ist, als dass erhebliche Verbesserungen der Gewinnmargen mittels Preiserhöhungen möglich wären. Im Jahresdurchschnitt 2004 liegen die Konsumentenpreise in Westeuropa und im Euroraum um rund 1¹/₂% über dem Niveau von 2003.

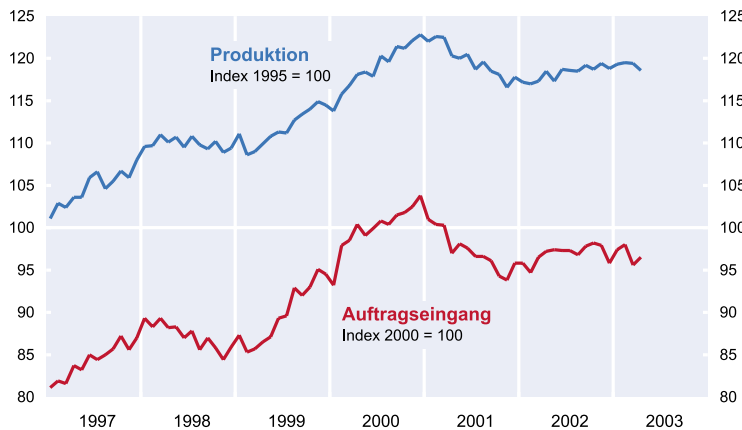
Deutschland

Aktuelle Lage: Im ersten Halbjahr lediglich Stagnation

Im ersten Halbjahr 2003 hat die gesamtwirtschaftliche Schwäche in Deutschland angehalten. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken ist, dürfte sie im zweiten Quartal stagniert haben. Hier führte eine sinkende Nachfrage, im Gefolge des starken Eurokursanstiegs insbesondere aus dem Ausland, zu rückläufiger Fertigung in der Industrie (vgl. Abb. 7), andererseits expandierte die Bauwirtschaft recht zügig, weil Produktion, die wegen des strengen Winters zu Jahresbeginn ausfiel, nun nachgeholt wurde. Auch die Lage im Einzelhandel dürfte sich graduell gebessert haben, weil die Kaufkraft der Verbraucher zuletzt zu-

Abb. 7

Auftragseingang und Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigte Werte)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

nahm. Im Vorjahresvergleich dürfte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal etwas zurückgegangen sein

mehr ganz so kühl wie im April: zwar schätzten die Betriebe ihre aktuelle Situation erneut ungünstiger ein, ihre Skepsis bezüglich der weiteren Aussichten nahm dagegen ab. Auch rechnen die befragten Unternehmen wieder eher mit einer Belebung der Auslandsnachfrage.

**Kasten
Annahme der Prognose**

- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um etwa 4% und im Jahr 2004 um 6 1/2%, nach 2 3/4% im vergangenen Jahr.
- Der Ölpreis liegt im Jahresdurchschnitt 2003 bei 26 US-Dollar und im Jahr 2004 bei 23 US-Dollar pro Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bewegt sich im Prognosezeitraum in einer Spanne zwischen 1,15 und 1,30.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) senkt die Leitzinsen nochmals in der zweiten Jahreshälfte um einen viertel Prozentpunkt. An den Aktienmärkten steigen die Notierungen weiter; die Kapitalmarktzinsen ziehen erst im Laufe von 2004 wieder deutlich an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich auf Stundenbasis im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im laufenden Jahr um 2,6% und im kommenden Jahr um 2,3%.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Im Einzelnen wird von folgenden fiskalischen Maßnahmen ausgegangen:
 - Die Einkommensteuer wird im Rahmen der zweiten Stufe der »Steuerreform 2000« in einem Volumen von 6,5 Mrd. Euro gesenkt.
 - Das Gesetz »Brücke zur Steuerehrlichkeit« (Amnestie für Schwarzgeldsünder) führt durch Gelder, die nach Deutschland zurücktransferiert werden, zu Steuereinnahmen in Höhe von 2 Mrd. Euro.
 - Die Tabaksteuer wird in einem Volumen von 1 Mrd. Euro angehoben. Diese Mehreinnahmen kommen als finanzielle Beteiligung des Bundes an versicherungsfremde Leistungen den Gesetzlichen Krankenkassen zugute.
 - Im Rahmen der Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ergeben sich für die Kassen Einsparungen durch Leistungseinschränkungen in einer Größenordnung von rund 4 Mrd. Euro. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 1,6 Mrd. Euro stammen aus Beiträgen, die für Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen von Rentnern abgeführt werden müssen. Durch diese Maßnahmen sinkt der durchschnittliche GKV-Beitragssatz von 14,4 auf 14,0%.
 - Die Arbeitgeber werden von den bisher paritätisch finanzierten Kosten des Krankengelds in Höhe von etwa 7 Mrd. Euro entlastet; entsprechend steigt die Belastung der Arbeitnehmer durch eine versichertenbezogene Finanzierung. Die Senkung der Abgaben der Arbeitgeber in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro beläuft sich auf 7 1/2% der Arbeitgeberbeiträge zur GKV; das entspricht rund 0,5 Prozentpunkten des Beitragssatzes.
 - Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung wird ab Januar 2004 von derzeit 19,5 auf 20,0% angehoben.

(– 0,4%). Unter Berücksichtigung, dass weniger Arbeitstage als 2002 für die Produktion zur Verfügung standen, ergab sich rechnerisch ein Nullwachstum.

Ausblick: Gesamtwirtschaftliche Produktion kommt nur langsam in Fahrt

Die allmähliche Besserung des internationalen konjunkturellen Umfelds und auch die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen über die Geschäftserwartungen in den kommenden Monaten lassen einen leichten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im zweiten Halbjahr erwarten. So war im Mai das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, das in Deutschland der »Cycle-maker« ist, immerhin nicht

Die Produktion der Industrie und auch der Dienstleistungsunternehmen dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2003 etwas zunehmen, und auch die Erholung im Handel wird anhalten. Hierzu trägt auch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten (auf 20 Uhr) an den Samstagen bei. Das Baugewerbe wird sogar angeregt durch eine Sonderkonjunktur: Der Ende 2002 angekündigte – aber letztlich nicht verwirklichte – Wegfall der Eigenheimzulage hat zu stark steigenden Baugenehmigungen geführt, die nun produktionswirksam werden. Die gesamte Wirtschaftsleistung dürfte dennoch sowohl im Verlauf des Jahres 2003 als auch im Jahresdurchschnitt nur stagnieren (Nullwachstum; vgl. Abb. 9 und Tab. 2).

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur von Quartal zu Quartal wieder etwas stärker werden. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres 2004 um 1 1/4% steigen. Dies entspricht etwa der Trendwachstumsrate. Der konjunkturelle Tiefpunkt (gemessen an der Abweichung des BIP vom Trend) wird erst im dritten Quartal 2004 durchschritten. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich die Steigerungsrate der ge-

Kasten
Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

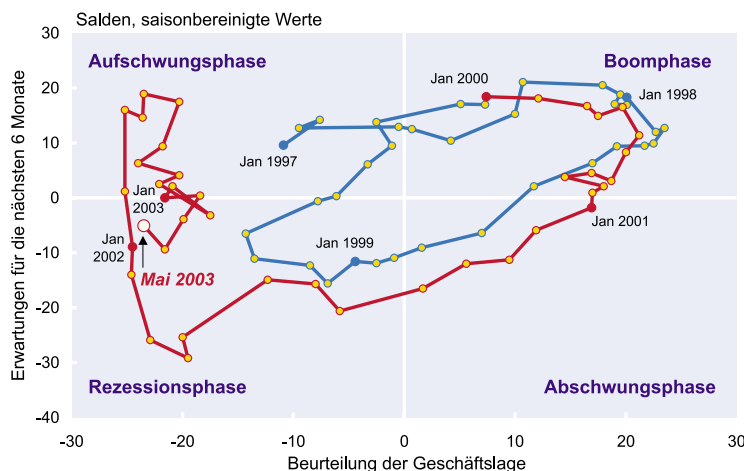
Das ifo Geschäftsklima^a ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunktur-Uhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 8).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus. Mit den weniger ungünstigen Urteilen zu den Geschäftserwartungen in der Umfrage vom Mai 2003 sind die Chancen auf eine Besserung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte gestiegen.

^a Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

samtwirtschaftlichen Produktion auf 1,5%, hiervon ist allerdings reichlich 1/2 Prozentpunkt auf die ungewöhnlich große Zahl von Arbeitstagen (vgl. Kasten: Zum Kalendereffekt) zurückzuführen. Bei sich bessernder Weltkonjunktur wird die Nachfrage aus dem Ausland Impulse geben, aber auch die zunehmende inländische Investitionstätigkeit wird die Industrieproduktion kräftig anregen, andererseits dürfte angesichts verstärkter Sparanstrengungen des Staates die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister

Abb. 8
ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Westdeutschland.

vermutlich stagnieren. Nach vorübergehender Verbesserung im Jahr 2003 wird die Baukonjunktur wieder abwärts gerichtet sein.

Exporte mit geringer Dynamik

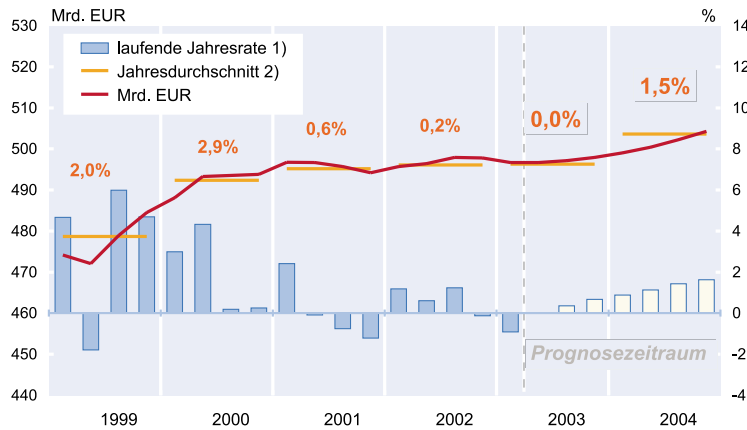
Die Entwicklung im deutschen Außenhandel erwies sich im ersten Quartal 2003 vor dem Hintergrund der Euro-Aufwertung im letzten Jahr und der geopolitischen Risiken zu Beginn dieses Jahres noch als relativ robust. Die realen Warenexporte stiegen saisonbereinigt im Vergleich zum Vorquartal um 0,4%.

Bedeutend für die zukünftigen Exportaussichten deutscher Unternehmen ist neben der Preis- und Wechselkursentwicklung (vgl. Kasten: Aufwertung des Euro und preisliche Wettbewerbsfähigkeit) vor allem die konjunkturelle Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern. Insbesondere für die EU-Länder wird hier für 2003 lediglich eine schwache Konjunkturerholung erwartet, so dass von ihnen vorerst keine kräftige Nachfrage nach deutschen Waren ausgehen wird.

Stützende Impulse werden jedoch weiterhin von den mittel- und osteuropäischen Ländern, den ostasiatischen Schwellenländern sowie den Reformländern China und Russland erwartet. Für die USA wird mit einer anziehenden Konjunktur gerechnet, von der allerdings aufgrund der jüngsten Wechselkursanpassung vorerst nur gedämpfte Nachfrageeffekte ausgehen werden. Eine grundsätzliche Verbesserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und eine deutliche Ausweitung des Welthandelsvolumens wird erst für das Jahr 2004 erwartet. Daher wird das deutsche Exportwachstum 2003 – wie schon im vergangenen Jahr – moderat ausfallen. Es wird mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,5% gerechnet. Für 2004 wird sich der Anstieg bei einer lebhafteren Weltkonjunktur und einer weiterhin durchschnittlichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen auf 4,3% belaufen.

Die Wareneinfuhr stieg im ersten Quartal 200 gegenüber dem Vorquartal recht kräftig; saisonbereinigt nahm sie um 1,7% zu. Belebende Impulse für die Importnachfrage gehen von den jüngsten Importpreissenkungen und von der Aufwertung des Euro insbesondere gegenüber dem US-Dollar aus. Der US-Dollar-Eurokurs schlägt auf der Importseite wesentlich stärker zu Buche als auf der Exportseite, da die direkte Abrechnung in US-Dollar bei Einfuhrgütern einen größeren

Abb. 9
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

Anteil einnimmt als bei Exportgütern. Gegenzurechnen ist aber die äußerst schwache Binnennachfrage. Im Jahresverlauf 2003 dürften die Importe nur wenig ausgeweitet werden, im Jahresdurchschnitt werden sie aufgrund des großen Überhangs jedoch um 4,6% über dem Niveau des Jahres 2002 liegen. Für das Jahr 2004 wird eine Ausweitung der Einfuhren von 4,7% prognostiziert.

Die Rohstoff- und Industriegüterpreise dürften sich im Prognosezeitraum wieder leicht erhöhen, aber die Euro-Aufwertung und der Rückgang der Ölpreise mildern den Anstieg der Importpreise ab. Da die Zunahme der Ausführpreise etwas stärker ausfällt, werden sich die Terms of Trade verbessern.

Ausrüstungsinvestitionen: Vorerst keine Belebung

Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern hat im Frühjahr 2003 einen Dämpfer erlitten. Der Auftragseingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten lag im März saisonbereinigt wieder unter dem Tiefstand im März des Vorjahres. Nach dem schweren Einbruch der Investitionsnachfrage im Jahr 2001 zeigte sich im Verlauf der Vorjahrs zwar wieder eine leichte Besserung bei den Bestellungen, die jüngste Entwicklung macht aber deutlich, dass die Grundlagen für einen nachhaltigen Aufschwung der Investitionstätigkeit noch nicht gegeben sind. In den Jahren bis 2000 hatten viele Unternehmen unter dem Eindruck von steigenden Renditeerwartungen massiv investiert. Eine weitere Aufrechterhaltung dieses Investitionsniveaus hätte eine beschleunigt wachsende Nachfrage erfordert. Die konjunkturelle Abkühlung ab 2001 erzeugte deshalb Überkapazitäten, die zu einem massiven Einbruch der Investitionstätigkeit führten. Die Überkapazitäten dürften zwar inzwischen weitgehend abgebaut sein, das für Deutschland relativ hohe Realzinsniveau im Euroraum und die gegenwärtige Unsicherheit über die Gestaltung der künftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen halten die Unternehmen aber vorläufig noch von einer deutlichen Ausweitung der Investitionstätigkeit ab. Erst im nächsten Jahr sind im Zuge der verbesserten Absatzperspektiven und einer höheren Kapazitätsauslastung wieder steigende

Tab. 2
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003 (1)	2004 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	1,5	- 0,6	1,0	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,5	0,4	- 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 5,3	- 6,7	- 1,3	1,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	- 4,4	- 7,7	0,8	3,8
Bauten	- 6,0	- 5,9	- 3,0	0,1
Inländische Verwendung	- 0,8	- 1,5	0,6	1,5
Exporte	5,0	2,6	2,5	4,3
Importe	1,0	- 2,1	4,6	4,7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,6	0,2	0,0	1,5
Erwerbstätige ^{b)} (1 000 Personen)	38 917	38 688	38 265	38 190
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 852	4 060	4 450	4 600
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,0	9,5	10,4	10,8
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,4	0,9	0,8
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	0,8	1,0	- 0,3
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
- in Mrd. EUR	- 57,5	- 76,2	- 79,5	- 69,9
- in % des Bruttoinlandsprodukts	- 2,8	- 3,6	- 3,7	- 3,2
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	0,8	0,6	1,7
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,3	1,9	1,5

(1) Prognose. – ^{a)} In Preisen von 1995. – ^{b)} Inlandskonzept. – ^{c)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ^{d)} Verbraucherpreisindex (VPI). – ^{e)} Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ^{f)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG'95). – ^{g)} HVPI-EWU (1996=100).

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Kasten
Zum Kalendereffekt

Bei Konjunkturprognosen wird davon ausgegangen, dass sich ökonomische Zeitreihen wie das vierteljährliche reale Bruttoinlandsprodukt in verschiedene Bewegungskomponenten zerlegen lassen (Zeitreihenzerlegung). In der Regel werden hierbei unterschieden:

- die längerfristige Trendkomponente,
- die mittelfristige zyklische Komponente (Konjunktur),
- die Saisonkomponente,
- die Kalenderkomponente und
- die irreguläre (Rest-) Komponente.

Für viele wirtschaftliche Größen lässt sich eine Abhängigkeit von der Länge des beobachteten Zeitraums feststellen (Betriebe mit nahezu kontinuierlicher Fertigung – wie in der Energieerzeugung, in der Stahl- oder chemischen Industrie – werden im Allgemeinen in 31-Tage-Monaten mehr produzieren als in 30-Tage-Monaten) oder auch von der Anzahl der einzelnen Wochentage innerhalb des Zeitraums (für viele Einzelhändler ist der Samstag der umsatzstärkste Wochentag). In den einzelnen Wirtschaftsbereichen gibt es ganz unterschiedliche kalendrische Einflüsse. Als Beispiele seien genannt der freie Montag der Friseure, die Häufung von Kultur- und Sportveranstaltungen an Wochenenden, der Einsatz von Schulbussen und Pendlerzügen nur von Montag bis Freitag, die Milch- und Eierzeugung, wo sich die Produktion quasi proportional zur Kalenderlänge widerspiegelt sowie Kampagneindustrien wie die Zuckerherstellung, in der von Oktober bis Dezember vielfach »rund um die Uhr« produziert wird, in den übrigen Monaten im Allgemeinen lediglich von Montag bis Freitag.^a Aus dieser Aufzählung lässt sich erahnen, dass die Auswirkungen der Kalendersituation in den einzelnen Zeitreihen zum einen höchst unterschiedlich sind, zum anderen die Effekte in zwei Wirtschaftsbereichen in einem bestimmten Zeitraum noch nicht einmal in die gleiche Richtung gehen müssen.

In der Zeitreihenanalyse werden Effekte der unterschiedlichen Monatslängen dem Saisoneinfluss zugeordnet, da die reine Anzahl der Tage im Monat/Quartal Jahr für Jahr die gleiche ist (mit Ausnahme des Schalttageffektes im Februar/1. Quartal). Auswirkungen der unterschiedlichen Zahl von Wochenend- bzw. Feiertagen und sich verändernder Wochentagsstrukturen sollen dagegen durch die Kalenderkomponente herausgefiltert werden.

Weil sich monatliche Schwankungen der Arbeitstage und Feiertage oftmals innerhalb eines Quartals aufheben (z.B. ist der Fronleichnamstag manchmal im Mai, manchmal im Juni, aber immer im 2. Vierteljahr eines Jahres), fallen Kalendereffekte (berechnet als Abweichungen von langjährigen Durchschnitten) in Quartalsdaten im Normalfall niedriger aus als in Monatsdaten. Dementsprechend lassen sich die Einflüsse des Kalenders bei Vierteljahreswerten nicht so scharf von den anderen Zeitreihenkomponenten trennen wie bei Monatswerten.^b Deshalb verwenden die Deutsche Bundesbank und das Statistische Bundesamt zur Identifizierung von Kalendereffekten und zur Quantifizierung von Kalenderfaktoren innerhalb des von ihnen angewendeten Zeitreihenanalyseverfahrens Census X-12-ARIMA für die Variablen der Verwendung und Entstehung des Bruttoinlandsprodukts geeignete monatliche Indikatorreihen. Diese werden entsprechend der Struktur zu einem Faktor der jeweiligen Komponente zusammengewichtet. Der reihenspezifische Kalendereinfluss wird durch Regression der (in einem ersten Iterationsschritt ermittelten) vorläufigen irregulären Komponente der Zeitreihe mit einer passenden – die Kalendersituation beschreibenden – erklärenden Variablen ermittelt. Der Kalenderfaktor für die Variable reales Bruttoinlandsprodukt wird schließlich von der Entstehungsseite her zusammengewichtet.^c Zur Analyse der Zeitreihen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nutzt das ifo Institut ebenfalls das Census X-12-ARIMA-Verfahren und verwendet dementsprechend die hieraus errechneten Saison- und Kalenderfaktoren zur Bereinigung der Ursprungswerte der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, um so die reine, also von Saison- und Kalendereffekten nicht mehr beeinflusste, Konjunkturentwicklung darzustellen.

Das Jahr 2004 weist eine sehr ungewöhnliche Kalenderkonstellation auf. So fallen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kommt der Schalttag. Dies hat zur Folge, dass 3,3 Arbeitstage (1 $\frac{1}{4}$ %) mehr zur Verfügung stehen als 2003. Die Kalenderfaktoren von Census X-12-ARIMA errechnen auf das Jahr gesehen einen Effekt für das Bruttoinlandsprodukt von knapp 0,6 Prozentpunkten.^d Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten ist der Einfluss stärker (Investitionen, Außenhandel) oder auch geringer (privater und öffentlicher Konsum).

^a Vgl. W. Strohm, Zur Frage der Kalenderbereinigung von Zeitreihen, *Wirtschaft und Statistik*, 6/1986, S. 422f.

^b Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 1991, S. 38.

^c Vgl. Deutsche Bundesbank, a.a.O., S. 38.

^d Wird ein struktureller Komponentenansatz verwendet, in dem alle Komponenten einer Zeitreihe simultan geschätzt werden, sind die Ergebnisse sehr ähnlich (vgl. G. Flaig: Arbeitstageeffekt und Bruttoinlandsprodukt, ifo Schnelldienst 53 (22-23), 2000).

Investitionen zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2003 nur mit einem geringfügigen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um real etwa 0,5% zu rechnen, für das kommende Jahr mit einem Anstieg um 4%.

Auch bei den Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen vor allem Software der Unternehmen zählt, macht sich der schleppende Gang der Konjunktur bemerkbar. Der saison-typische Rückgang im ersten Quartal fiel etwas stärker aus als in den vergangenen Jahren. Im weiteren Verlauf dürften sich die Investitionsausgaben auf die Pflege und Aktualisierung der vorhandenen Software konzentrieren. Im Jahresdurchschnitt 2003 ist mit einem Anstieg um real 2,4% zu

rechnen, für das kommende Jahr ist eine Zunahme in der gleichen Größenordnung zu erwarten.

Bauinvestitionen: Talfahrt setzt sich fort

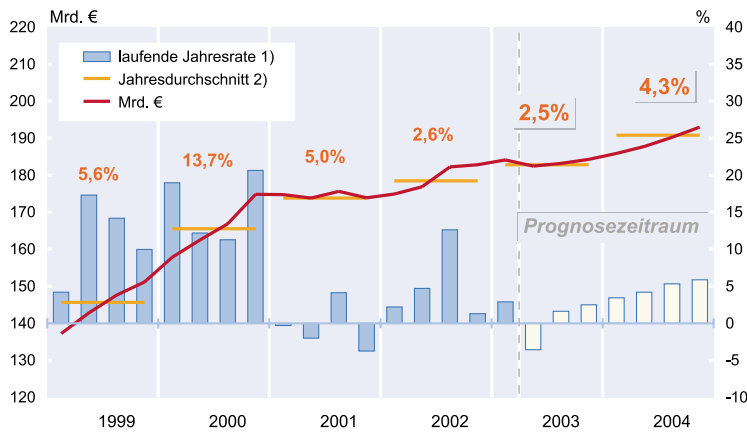
Aufgrund des schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der anhaltenden Unterauslastung des Bautenbestandes wird sich der Schrumpfungsprozess bei den Bauinvestitionen fortsetzen. Betroffen sind davon alle Baupartien.

Im **Wohnungsbau** wird die negative Grundtendenz seit Ende des vorigen Jahres allerdings durch einen Nachfrageim-

Abb. 10

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

puls überlagert, der auf die Diskussion über eine mögliche Abschaffung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein dürfte. In den drei Monaten vom Dezember 2002 bis zum Februar 2003 beliefen sich die erteilten Baugenehmigungen im Wohnungsbau, gemessen an den veranschlagten Kosten des Bauwerkes, saisonbereinigt auf reichlich 16 Mrd. €. Das entspricht mehr als dem Eineinhalbfachen des Durch-

schnitts der drei ersten Quartale des Jahres 2002. Viele Investoren haben sich offensichtlich entschlossen, für die nächsten Jahre geplante Bauvorhaben vorzuziehen, um auf jeden Fall noch in den Genuss der vollen Eigenheimförderung zu gelangen. Die Umsetzung der genehmigten Vorhaben dürfte im weiteren Verlauf des Jahres zu einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen führen. Wegen des u.a. auch witterungsbedingten kräftigen Rückgangs im ersten Quartal 2003 wird der Wohnungsbau aber im Jahresdurchschnitt real noch deutlich (um 3%) unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Der in diesem Jahr wirksame Vorzieheffekt dürfte im nächsten Jahr auslaufen und eine Nachfragerücke hinterlassen, so dass im Verlauf des Jahres 2004 die Wohnungsbautätigkeit wieder rückläufig sein wird. Das Niveau von 2003 könnte im Jahresdurchschnitt 2004 aber noch um 0,6% überschritten werden (vgl. Tab. 3).

Beim **Wirtschaftsbau** hat sich die Nachfrage seit Mitte des vergangenen Jahres stabilisiert. Bei der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und nach wie vor hohen Leerständen ist im weiteren Verlauf nicht mit einer Belebung zu rechnen. Die Wirtschaftsbauinvestitionen verzeichneten

Kasten

Aufwertung des Euro und preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar hat im vergangenen Jahr nach der deutlichen Abwertung im Laufe der ersten Jahre nach seiner Einführung eine Trendwende vollzogen (vgl. Abb. 11). Im Mai 2003 betrug der Wertzuwachs des Euro im Vorjahresvergleich 26%; zuletzt hat die europäische Gemeinschaftswährung sogar zeitweise ihren Einführungskurs übertroffen. Auch gegenüber den Währungen anderer bedeutender EWU-Handelspartner hat der Euro an Wert gewonnen, jedoch in geringerem Umfang als gegenüber dem US-Dollar. Der effektive nominale Wechselkurs des Euro lag im Mai um 16% über seinem Vorjahreswert.

Die Aufwertung des Euro beeinträchtigt die Exportchancen der Unternehmen im Euroraum. Die Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen spiegelt sich in der Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses des Euro wider. Dieser lag im Mai 2003 um 15% über dem Niveau des Vorjahres, was eine Verschlechterung der Exportchancen indiziert. Jedoch dürfte die gegenwärtige Wettbewerbsposition nicht so schlecht sein, wie es der reine Vorjahresvergleich vermuten lässt. Vergleicht man die preisliche Wettbewerbsfähigkeit mit dem Niveau zu Beginn der Währungsunion im Januar 1999, so zeigt sich, dass es sich hierbei im Wesentlichen um eine Rücknahme der vorausgegangenen Verbesserung durch die Abwertung des Euro handelt. So lag der reale Wechselkurs des Euro im Mai nur etwas über seinem Niveau im Januar 1999. Soweit die Unternehmen die Preisvorteile der Abwertung nicht vollständig an ihre Handelspartner weitergegeben, sondern auch dazu genutzt haben, ihre Gewinnmargen zu erhöhen, dürfte ihnen dies nun etwas Spielraum geben, die sinkende Wettbewerbsfähigkeit durch eine Korrektur ihrer Margen zumindest teilweise zu kompensieren. Kurzfristig dürften sich die Unternehmen teilweise auch durch Hedge-Geschäfte abgesichert haben, dies ist jedoch mit Kosten verbunden und auf lange Sicht ohnehin nicht möglich.

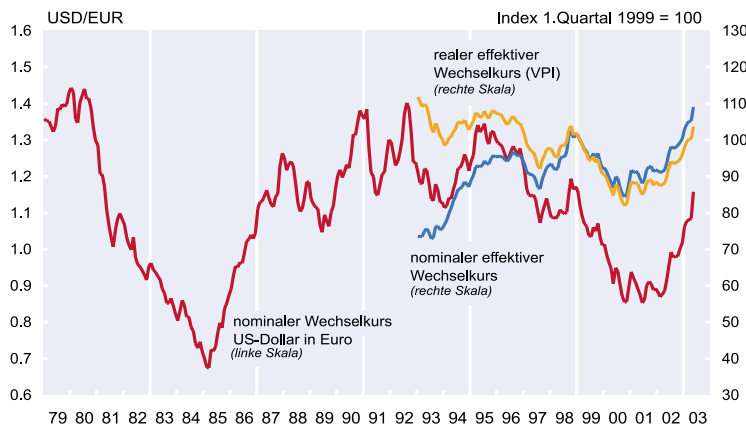
Für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen – gemessen am gleichnamigen Indikator^a – ergibt sich ein ähnliches, aber doch deutlich abgemildertes Bild. Aufgrund des im Vergleich zur Eurozone unterdurchschnittlichen Preisanstiegs in Deutschland ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter im vergangenen Jahr in geringerem Umfang gesunken als die von Anbietern im Euroraum. Im Vorjahresvergleich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im April 2003 daher auch nur um 6% verschlechtert. (vgl. Abb. 12).

In diesem geringeren Aufwertungseffekt spiegelt sich primär wider, dass mit der Einführung des Euro etwa 43% der deutschen Exporte nicht mehr von nominalen Wechselkursschwankungen betroffen sind. Des Weiteren zeigt sich, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands seit der Einführung des Euro per saldo deutlich gestiegen ist. Im April 2003 war sie etwa 5% höher als im Januar 1999 und auch etwas höher als im langfristigen Durchschnitt.

^a Im Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sind die Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner Deutschlands um die Inflationsdifferenzen gegenüber diesen Ländern bereinigt und mit Gewichten zusammengefasst, die die Bedeutung dieser Länder als Absatzmarkt für Waren aus Deutschland wiedergeben. Ein Rückgang (Anstieg) des Indikators indiziert eine Zunahme (Abnahme) an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.

Abb. 11

Wechselkurse des Euro¹⁾

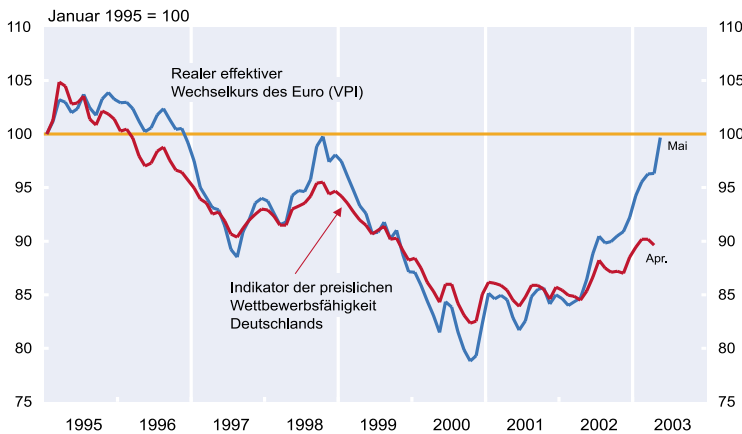


1) Bis Dezember 1998 ECU-Kurse, ab Januar 1999 Euro-Kurse. Effektive Wechselkurse: weiter Länderkreis, realer effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise.

Quelle: Europäische Zentralbank.

Abb. 12

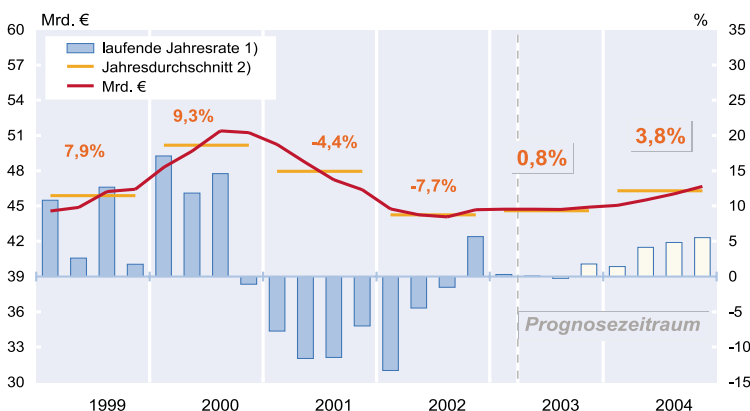
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und realer effektiver Wechselkurs des Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 13

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

im vierten Quartal 2002 einen vergleichsweise kräftigen Zuwachs von saisonbereinigt 3,6% gegenüber dem Vorquartal, im ersten Quartal dieses Jahres schrumpften sie, teilweise bedingt durch die schlechte Witterung, wieder um 4,7%. Für den Rest des Jahres ist in etwa mit einer Stabilisierung auf dem erreichten Niveau zu rechnen. Damit werden die Wirtschaftsbauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2003 um 3% unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Auch im kommenden Jahr ist keine Belebung des Wirtschaftsbaus zu erwarten. Aufgrund des Niveaueffektes des ersten Quartals könnte er im Jahresdurchschnitt aber das Volumen des Jahres 2003 um etwa 1/2% überschreiten.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen wird sich die Schrumpfungstendenz fortsetzen, da der Konsolidierungsdruck auf die Haushalte der Gebietskörperschaften anhält. Die Zinsverbilligung im Rahmen des KfW-Infrastrukturprogramms wird lediglich eine Umfinanzierung bisher geplanter Investitionen zu günstigeren Konditionen bewirken; die meisten Gemeinden dürfen nämlich angesichts der angespannten Finanzsituation ihre Kreditaufnahme nicht mehr ausweiten. Allenfalls die Beseitigung der Flutschäden wird dem öffentlichen Bau noch etwas Auftrieb verschaffen. Entlastend könnte auch die Freistellung der Kommunen von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Fonds »Aufbauhilfe« wirken. Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt um 3,4% unter dem Niveau des Vorjahres liegen, mit einem Rückgang in ähnlicher Größenordnung (2,8%) ist auch für das Jahr 2004 zu rechnen.

Alles in allem ist eine Trendwende bei den Bauinvestitionen insgesamt nicht in Sicht. In diesem Jahr werden sie um 3% sinken. Im nächsten Jahr werden sie zwar aufgrund von Vorzieheffekten beim Wohnungsbau im Jahresdurchschnitt das Niveau von 2003 halten können, im Verlauf des Jahres werden die negativen Tendenzen aber wieder die Oberhand gewinnen.

Privater Konsum

Der private Konsum ist in den ersten Monaten des Jahres gegenüber dem Jahresend-

Tab. 3
Eckdaten zur Entwicklung der Bruttoinvestitionen in Preisen von 1995
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2002	2003	2004
		(s)	(s)
Wohnungsbau	-5,9	-3,0	0,6
Nichtwohnungsbau	-5,8	-3,1	-0,6
Gewerblicher Bau	-5,3	-2,9	0,4
Öffentlicher Bau	-6,9	-3,4	-2,8
Bauten	-5,9	-3,0	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	0,8	3,8
Ausrüstungen	-9,4	0,5	4,0
Sonstige Anlagen	2,5	2,4	2,4
Anlageinvestitionen	-6,7	-1,3	1,8
Bruttoinvestitionen	-6,7	-0,5	3,8

s) Schätzungen des ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

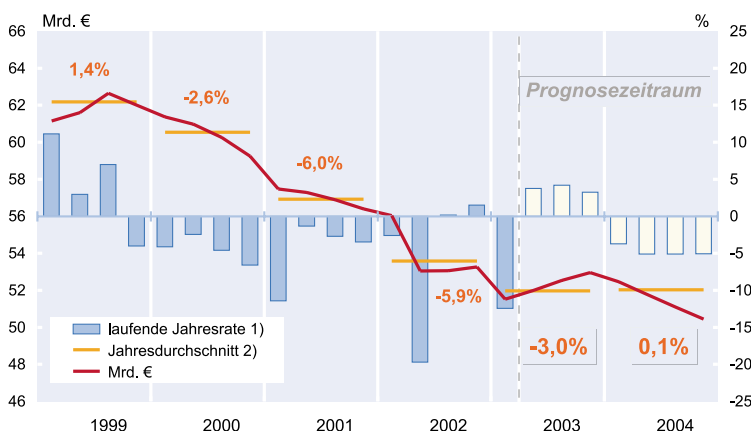
quartal 2002 mit einer laufenden Jahresrate von 2,5% nicht unerheblich gestiegen. Maßgeblich hierfür war, dass die verfügbaren Einkommen – trotz umfangreicher Anhebung von indirekten Steuern und Sozialabgaben⁴ und dem anhaltenden Rückgang der Beschäftigung – saisonbereinigt spürbar expandierten, nicht zuletzt wegen steigender Selbständigeneinkommen. Auch sank die Sparquote leicht; zu dem von vielen befürchteten Angstsparen ist es bisher nicht in einem nennenswerten Ausmaß gekommen.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Konsumkonjunktur nur wenig Schwung haben: Zwar nehmen die Effektivlöhne

etwas stärker zu als im vergangenen Jahr, der Rückgang des Arbeitsvolumens hält aber weiter an. In der Summe steigen die Bruttolöhne und -gehälter langsamer als im vergangenen Jahr, netto sinken sie sogar. Die monetären Sozialleistungen nehmen stark verlangsamt zu, weil z.B. die Rentenanpassung zur Jahresmitte geringer ausfällt und es – anders als im Jahr 2002, als manche Transfers, wie z.B. das Kindergeld, das Wohngeld und die Ausbildungsförderung, erhöht wurden – auch zu Leistungseinschränkungen kommt. Allein die Selbständigen- und Vermögenseinkommen werden kräftig zulegen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominal um 1,7% steigen, real um 0,8%. Bei etwas sinkender Sparquote expandiert der reale Konsum in diesem Jahr um 1,0% (vgl. Abb. 15).

Im nächsten Jahr wird der Konsum etwas stärker zunehmen. Die Löhne und Gehälter expandieren brutto wie netto um 1,5%. Die Budgets der privaten Haushalte werden durch die zweite Stufe der Steuerreform 2000 spürbar entlastet (vgl. Übersicht), dies wird aber kompensiert durch die Anhebung der Arbeitnehmerbeiträge zur GKV im Gefolge der Umfinanzierung des Krankengelds im Rahmen der Agenda 2010 und durch die höheren Beiträge zur Rentenversicherung. Die monetären Sozialleistungen werden sich nur noch um 1,8% erhöhen, weil die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit nicht mehr im gleichen Ausmaß wie in den beiden Vorjahren steigen und die Rentenbezüge nochmals weniger stark angehoben werden. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,0% zunehmen. Bei unveränderter Sparquote wird der private Konsum nominal in ähnlichem Tempo zulegen. Real expandieren die Konsumausgaben im Jahr 2004 um 1,3%. Sie leisten damit einen beträchtlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum (vgl. Tab. 4).

Abb. 14
Reale Bauinvestitionen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Instituts (Juni 2003).

Verbraucherpreise

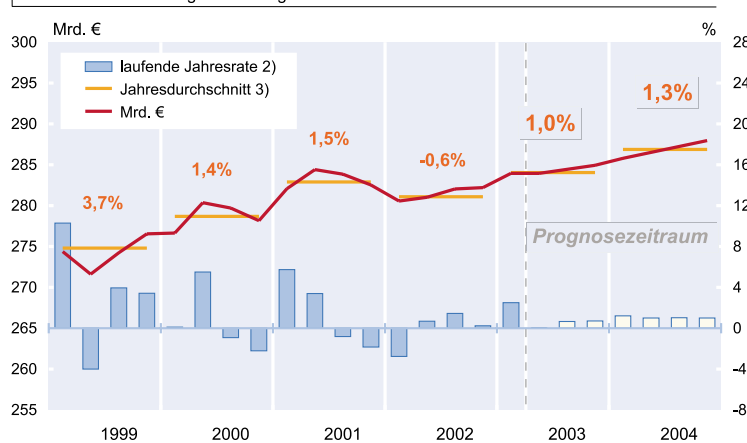
Das Preisklima auf der Verbraucherstufe hat sich nach dem steuer- und abgabenbeding-

⁴ Am Jahresanfang wurde in der gesetzlichen Krankenversicherung der Beitragssatz von durchschnittlich 14,0 auf 14,3% angehoben; in der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5%. Auch stieg die Beitragsbemessungsgrenze spürbar. Kaufkraftdämpfend wirkte ferner die Anhebung von indirekten Steuern (fünfte Stufe der Ökosteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, stärkere Besteuerung von Gas und Nachtstrom).

Abb. 15

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

ten Preissprung zu Jahresanfang (Anhebung der Mineralöl-, der Strom- sowie der Tabaksteuer) und dem ölpreisbedingten Preisschub im Vorfeld des Irak-Kriegs wieder beruhigt. Im April und Mai ging der Verbraucherpreisindex (VPI) saisonbereinigt leicht zurück; im Vorjahresvergleich belief sich die Inflationsrate zuletzt auf nur noch 0,7%. Maßgeblich für die aus Konsumentensicht außerordentlich vorteilhafte Preisentwicklung waren die importierten Stabilitätsgewinne, die aus der Aufwertung des Euro in Verbindung

mit wieder nachgebenden Weltmarktpreisen für Rohöl herrührten. Aber auch für andere Waren und Dienstleistungen ist die Preisentwicklung zurzeit außerordentlich vorteilhaft: Die Kerninflationsrate in Abgrenzung des ifo Instituts, bei deren Berechnung u.a. der Einfluss der Preise von Energieträgern ausgeschaltet wird, betrug zuletzt 0,6%; niedrigere Werte wurden zuletzt im Jahr 2000 verzeichnet (vgl. Tab. 5).⁵

Die Teuerung wird im Prognosezeitraum außerordentlich moderat bleiben. Die gesunkenen Energiepreise wirken sich vorteilhaft auf die Preise der vorgelagerten Stufen aus, auch dämpft die Aufwertung des Euro. Die Lohnstückkosten steigen im laufenden Jahr zudem kaum stärker als im vergangenen Jahr, auch bleibt die Wettbewerbsintensität im Einzelhandel hoch. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird der Verbraucherpreisindex um 0,9% über dem Niveau des Vorjahres liegen. Im nächsten Jahr

⁵ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Übersicht**Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte**

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2004	2005
Grundfreibetrag (in EUR)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7426	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	17,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	47,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	49,59	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52293	52152
Steuerersparnis ²⁾ gegenüber 1998 (in EUR) bei einem zu versteuerndem Einkommen								
von 15 000 EUR	-	111	283	525	534	534	695	845
von 30 000 EUR	-	72	283	703	707	707	871	1193
von 50 000 EUR	-	22	29	745	751	751	909	2095
nachrichtlich:								
Sparerfreibetrag (in EUR)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1550	1550
Kinderfreibetrag ³⁾ (in EUR)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ³⁾ (in EUR)	-	-	1546	1546	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ³⁾ (in EUR)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in EUR)	112	128	138	138	154	154	154	154

1) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze EUR-Beträge gerundet.

2) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

3) Unter Anrechnung des Kindergelds.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 4
Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt
in der Bundesrepublik Deutschland
 in Preisen von 1995

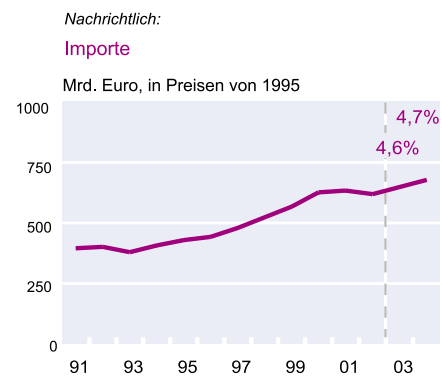
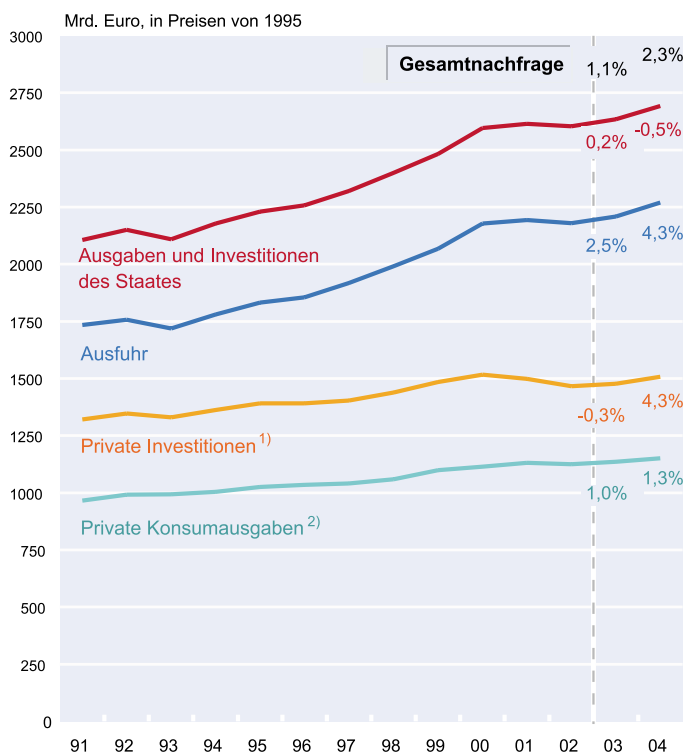
	2002			2003			2004		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	-0,7	-0,1	-0,4	0,6	0,6	0,6	0,8	0,7	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	-0,2	-0,1
Anlageinvestitionen	-1,7	-1,1	-1,4	-0,6	0,0	-0,3	0,5	0,2	0,4
Ausrüstungen, sonstige Anlagen	-1,0	-0,5	-0,8	0,0	0,1	0,1	0,2	0,5	0,3
Bauten	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,1	-0,3	0,3	-0,2	0,0
Wohnbauten	-0,4	-0,4	-0,4	-0,3	0,0	-0,2	0,2	-0,1	0,0
Nichtwohnbauten	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	0,0	-0,1	0,1	-0,1	0,0
Öffentlicher Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	-0,3	0,4	0,1	0,5	-0,2	0,2	-0,1	0,8	0,4
Inländische Verwendung	-2,4	-0,5	-1,4	0,6	0,6	0,6	1,2	1,6	1,4
Außenbeitrag	2,0	1,2	1,6	-0,6	-0,5	-0,5	0,1	0,0	0,1
Exporte	0,1	1,7	0,9	1,4	0,4	0,9	1,1	2,0	1,6
Importe	1,8	-0,5	0,7	-2,0	-0,9	-1,4	-1,0	-2,0	-1,5
Bruttoinlandsprodukt (a)	-0,4	0,8	0,2	0,1	0,0	0,0	1,3	1,7	1,5

s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 16

Die Komponenten der Gesamtnachfrage in Deutschland



1) Finanzielle und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

Tab. 5
Verbraucherpreisindex für Deutschland^{a)}

	Wägungs-Schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003 Mai
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,6
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	1,0
davon:							
Saisonabh. Nahrungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-4,3
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	0,3
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	-7,4
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	0,5
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	4,8
Güter mit administrierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,6
darunter:							
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	4,9
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-1,2
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	0,2
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	0,7
davon: ^{c)}							
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,4
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,3
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,0
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3

a) Alle privaten Haushalte, 2000 = 100. – b) In der Abgrenzung des ifo Instituts. – c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.
 Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

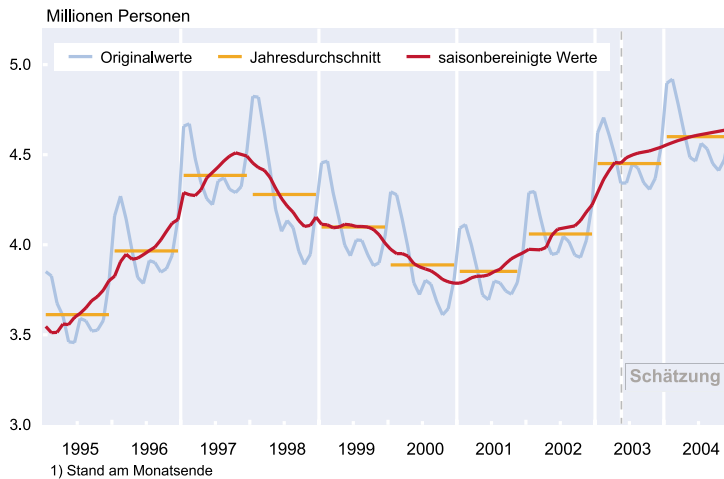
wird die wieder etwas bessere Konsumkonjunktur die Preiserhöhungsspielräume hier und da etwas vergrößern. Zudem wird der Preis für Zigaretten erhöht. Allerdings ist bis jetzt keine weitere Stufe der ökologischen Steuerreform geplant. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2004 nur um 0,8% steigen.

Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich auch noch 2004

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich seit Frühjahr 2001 nahezu kontinuierlich verschlechtert. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die Entwicklung sogar noch verschärft. Die Erwerbstätigenzahl sank beschleunigt, die Zahl der Arbeitslosen hat nun fast wieder den bisherigen Höchststand von Ende 1997 erreicht (vgl.

Abb. 17). Besonders stark war der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe und den anderen produzierenden Wirtschaftsbereichen; eine neue Erfahrung ist aber, dass auch im Dienstleistungssektor per saldo Arbeitsplätze abgebaut werden. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts einer zunächst mehr oder weniger stagnierenden Wirtschaft und einer bis zuletzt sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit bis weit ins Jahr 2004 hinein noch sinken. Der Rückgang wird sich aber erheblich abflachen, weil wegen verschiedener arbeitsmarktpolitischer Neuregelungen und Änderungen bei den Lohnnebenkosten ab Sommer mit graduellen Entlastungen zu rechnen ist. Zu nennen ist hier der Aufbau der Personal-Service-Agenturen (PSA), die neuen Bestimmungen zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und die Verpflichtung für Arbeitnehmer, sich nach der Kündigung frühzeitig beim Arbeitsamt zu melden, was

Abb. 17
Entwicklung der Arbeitslosigkeit¹⁾ in Deutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2003).

wegen einer – zumindest vorübergehend – schnelleren Besetzung offener Stellen zu steigender Erwerbstätigkeit und sinkender Arbeitslosigkeit führt. Zum Jahresbeginn 2004 wird die Entlastung der Arbeitgeber von den Kosten des Krankengeldes trotz gleichzeitiger Anhebung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung zu einer spürbaren Verminderung der Lohnnebenkosten führen. Dennoch dürften sich erst etwa ab Herbst kommenden Jahres Entlassungen und Neueinstellungen die Waage halten, danach wird die Beschäftigung wieder moderat zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird die Erwerbstätigenzahl um rund 425 000 (1,1%) niedriger sein als im Vorjahr und im nächsten Jahr nochmals um 75 000 sinken.

Die Zahl der Arbeitslosen ist – saisonbereinigt – im Mai 2003 im Vormonatsvergleich um 4 000 gesunken, nachdem sie seit Herbst vorigen Jahres durchschnittlich um 50 000 monatlich gestiegen war. Das zeigt aber noch keine Trendwende an: Zum einen spricht die Bundesanstalt für Arbeit von einer Untererfassung der Zugänge in Arbeitslosigkeit, zum anderen deuten andere Indikatoren wie die steigende Kurzarbeiterzahl und die sinkende Zahl an gemeldeten Stellen auf eine weiter zunehmende Unterbeschäftigung hin. Aus den bereits genannten Gründen wird die Arbeitslosenzahl in den kommenden Monaten allerdings langsamer steigen. Ein Wendepunkt der Entwicklung wird bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht erwartet, weil die Erwerbstätigkeit noch bis in das zweite Halbjahr 2004 sinkt und weil das Arbeitskräfteangebot wächst. Im Jahresdurchschnitt 2003 dürfte die Arbeitslosenzahl um 390 000 auf 4,45 Mill. steigen und im kommenden Jahr weiter auf 4,6 Millionen. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – beläuft sich dann auf 10,8%, den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Defizitgrenze auch 2004 überschritten

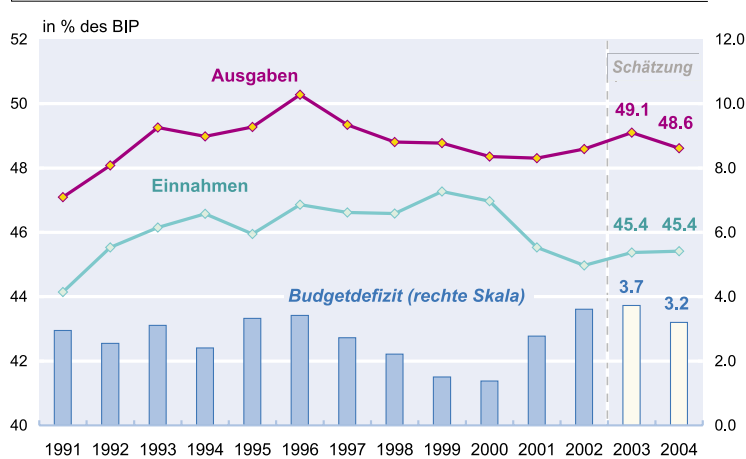
Im Jahr 2003 verfehlt Deutschland noch deutlicher als im Vorjahr die für die Euro-Länder festgesetzte Obergrenze des gesamtstaatlichen Defizits. Trotz zahlreicher Abgabenerhöhungen steigen die Einnahmen mit 2,1% sogar etwas langsamer als die Ausgaben, so dass der Fehlbetrag auf rund 80 Mrd. € (3,7% des Bruttoinlandsprodukts) zunimmt. Vom Anstieg der Steuereinnahmen um 2,3% entfällt etwa die Hälfte (rund 6 Mrd. €) auf Steuererhöhungen (ökologische Steuerreform, Änderungen bei der Körperschaftsteuer und Tabaksteueranhebung). Noch drastischer wirken sich die Abgabenerhöhungen bei der zweitgrößten Einnahmenkategorie, den Sozialbeiträgen, aus: Die Beitragssatzsteigerungen bei der Gesetzlichen Rentenversicherung (von 19,1 auf

19,5%) und bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (von durchschnittlich 14,0 auf 14,4%) sowie die kräftige Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und der Arbeitslosenversicherung (von 54 000 € auf 61 200 € im Westen bzw. von 45 000 € auf 51 000 € im Osten) erbringen zusätzliche Einnahmen von reichlich 8 Mrd. €. Dennoch steigen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung nur um rund 10 Mrd. €, weil zum einen die Summe der Bruttolöhne und -gehälter kaum größer ist als 2002 (+ 0,6%), es zum anderen durch die Neuregelungen der geringfügigen Beschäftigung und bei den Niedriglohnjobs zu Einnahmeausfällen kommt. Schließlich entrichtet der Staat durch eine Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge der Empfänger von Arbeitslosenhilfe weniger Abgaben. Bei den übrigen Einnahmeposten schlägt insbesondere der deutlich gesunkene Bundesbankgewinn zu Buche.

Auf der Ausgabe Seite steigen vor allem die monetären Sozialleistungen kräftig (2,9%) und auch die sozialen Sachleistungen expandieren spürbar (2,2%). Ersteres resultiert vorwiegend aus den zusätzlichen Aufwendungen für die höhere Arbeitslosigkeit, letzteres aus den – trotz »Nullrunde« für Ärzte und Krankenhäuser – nur leicht verlangsamt wachsenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Obwohl das Zinsniveau nochmals gesunken ist, dürften erstmals seit 1998 auch wieder die staatlichen Zinsaufwendungen steigen, weil der Schuldenstand im letzten Jahr deutlich zugenommen hat. Die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am nominalen Bruttoinlandsprodukt) erhöht sich um einen halben Prozentpunkt auf 49,1% und damit auf ein Niveau, das nur in den Jahren 1993 bis 1997 übertroffen wurde (vgl. Abb. 18).

Im Jahr 2004 tritt die zweite Stufe der Einkommensteuerreform 2000 in Kraft. Dadurch werden die Steuer-

Abb. 18
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte. 2003 und 2004: Schätzung des ifo Instituts (Stand Juni 2003).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

zahler um etwa 6 $\frac{1}{2}$ Mrd. € entlastet. Allerdings soll die Tabaksteuer erneut erhöht werden, um versicherungsfremde Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren (1 Mrd. €). Für Gelder, die im Zusammenhang mit der geplanten »Brücke zur Steuer Ehrlichkeit« nachversteuert werden, wird hier mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 2 Mrd. € gerechnet. Außerdem steht eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung an, durch die zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2 $\frac{1}{2}$ Mrd. € und geringere Ausgaben von 4 Mrd. € zu erwarten sind; der durchschnittliche Beitragssatz dürfte um 0,4 Prozentpunkte auf 14,0% sinken. Daneben sind weitere Schritte zur Reform des Arbeitsmarktes geplant (z.B. Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe), deren genaue Regelungen allerdings noch nicht feststehen, und die wohl auch erst nach 2004 zu merklichen Einsparungen führen werden. Bei der Gesetzlichen Rentenversicherung lässt die Finanzentwicklung im laufenden Jahr darauf schließen, dass der Beitragssatz erneut angehoben werden muss (von 19,5 auf 20,0%); zusätzliche Belastungen der Rentner (wie einen höheren Anteil am Krankenversicherungs- und/oder Pflegeversicherungsbeitrag) oder eine Verschiebung der Rentenanpassung – die angesichts der moderaten Lohnentwicklung 2003, der Anhebung des Rentenversicherungsbeitragssatzes und der Berücksichtigung der Aufwendungen für die private Altersvorsorge ohnehin um etwa 0,3 Prozentpunkte geringer als 2003 ausfallen und weniger als 1% betragen dürfte – sind hier nicht unterstellt. Zum Ausgleich des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit wird erneut ein Bundeszuschuss nötig sein, er dürfte sich wie schon 2003 auf einen Betrag von etwa 7 Mrd. € belaufen. Schließlich ist damit zu rechnen, dass die öffentlichen Arbeitgeber die neu vereinbarten Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht

zu Absenkungen der Sonderzahlungen (Urlaubsgeld und/oder Weihnachtsgeld) für Beamte nutzen werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen dürften die gesamten staatlichen Einnahmen 2004 leicht beschleunigt steigen (2,4%). Dagegen nehmen die Ausgaben deutlich langsamer zu (1,3%). Diese Zuwachsrate ist erheblich geringer als die des nominalen Bruttoinlandsprodukts (2,3%), so dass die Staatsquote wieder auf das Niveau von 2002 fällt. Ursächlich für die verringerte Zunahme ist, dass die sozialen Sachleistungen und die Arbeitnehmerentgelte stagnieren und die monetären Sozialleistungen spürbar langsamer expandieren als 2003. Das Budgetdefizit des Staates sinkt auf 70 Mrd. € (3,2% des Bruttoinlandsprodukts). Um das Defizitkriterium für die Euro-Länder zu erfüllen, müssten also nach der hier vorgelegten Prognose mindestens 4 $\frac{1}{2}$ Mrd. € zusätzlich eingespart werden.

Abgeschlossen am 23. Juni 2003

Anhang

**Die wichtigsten Daten der
Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0.6	-1.1	-0.2	-1.3	-0.9	-0.3	-0.1
Arbeitszeit	-0.5	-0.4	-1.2	-0.3	-0.5	-0.8	-1.5
Arbeitstage 3)	0.0	0.1	1.2	-0.2	0.4	0.8	1.7
Arbeitsvolumen	-1.0	-1.4	-0.2	-1.8	-1.1	-0.4	0.0
Produktivität 4)	1.2	1.5	1.6	1.9	1.1	1.6	1.6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0.2	0.0	1.5	0.1	0.0	1.3	1.7

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1644.7	1674.9	1704.1	815.1	859.8	829.3	874.8
Private Konsumausgaben 5)	1241.9	1266.5	1294.5	619.5	647.0	632.5	662.0
Konsumausgaben des Staates	402.8	408.4	409.6	195.6	212.8	196.8	212.8
Anlageinvestitionen	387.8	383.2	392.0	181.1	202.1	187.1	204.9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	175.0	176.4	184.3	83.7	92.7	86.7	97.6
Bauten	212.8	206.8	207.7	97.4	109.4	100.4	107.3
Vorratsveränderungen 6)	-7.3	-2.9	1.5	9.9	-12.8	8.4	-6.9
Inländische Verwendung	2025.2	2055.2	2097.6	1006.1	1049.1	1024.8	1072.8
Außenbeitrag	83.0	78.5	85.6	39.2	39.3	44.4	41.2
Exporte	748.3	768.3	809.5	379.5	388.8	394.0	415.5
Importe	665.2	689.7	723.9	340.3	349.5	349.6	374.4
Bruttoinlandsprodukt	2108.2	2133.7	2183.2	1045.3	1088.4	1069.2	1114.0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.2	1.8	1.7	1.9	1.7	1.8	1.7
Private Konsumausgaben 5)	0.8	2.0	2.2	2.1	1.9	2.1	2.3
Konsumausgaben des Staates	2.4	1.4	0.3	1.4	1.4	0.6	0.0
Anlageinvestitionen	-6.9	-1.2	2.3	-3.3	0.8	3.3	1.4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7.9	0.8	4.5	-0.9	2.3	3.6	5.3
Bauten	-6.0	-2.8	0.4	-5.4	-0.3	3.0	-1.9
Inländische Verwendung	-0.4	1.5	2.1	1.5	1.5	1.9	2.3
Exporte	2.9	2.7	5.4	4.0	1.4	3.8	6.9
Importe	-3.4	3.7	5.0	5.3	2.1	2.7	7.1
Bruttoinlandsprodukt	1.8	1.2	2.3	1.2	1.2	2.3	2.3

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1512.9	1526.4	1540.0	749.0	777.4	756.7	783.3
Private Konsumausgaben 5)	1124.3	1136.1	1151.5	556.1	580.0	563.9	587.6
Konsumausgaben des Staates	388.5	390.3	388.6	192.9	197.4	192.8	195.8
Anlageinvestitionen	391.3	386.3	393.3	182.9	203.3	187.8	205.5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	177.0	178.4	185.2	85.1	93.4	87.3	97.9
Bauten	214.3	207.9	208.1	97.9	110.0	100.5	107.6
Vorratsveränderungen 6)	-13.9	-10.6	-3.5	3.2	-13.8	2.0	-5.4
Inländische Verwendung	1890.3	1902.1	1929.9	935.1	967.0	946.5	983.4
Außenbeitrag	94.0	83.1	84.6	42.6	40.5	43.9	40.8
Exporte	713.8	731.4	763.1	361.9	369.5	373.0	390.1
Importe	619.8	648.3	678.5	319.2	329.0	329.2	349.3
Bruttoinlandsprodukt	1984.3	1985.2	2014.5	977.7	1007.5	990.3	1024.2
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1976.5	1975.8	2005.0	972.5	1003.3	985.7	1019.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	-0.1	0.9	0.9	0.9	0.9	1.0	0.8
Private Konsumausgaben 5)	-0.6	1.0	1.3	1.1	1.0	1.4	1.3
Konsumausgaben des Staates	1.5	0.4	-0.4	0.3	0.6	0.0	-0.8
Anlageinvestitionen	-6.7	-1.3	1.8	-2.9	0.2	2.7	1.1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7.7	0.8	3.8	0.3	1.3	2.6	4.9
Bauten	-5.9	-3.0	0.1	-5.5	-0.7	2.7	-2.2
Inländische Verwendung	-1.5	0.6	1.5	0.7	0.6	1.2	1.7
Exporte	2.6	2.5	4.3	4.0	1.0	3.1	5.6
Importe	-2.1	4.6	4.7	6.5	2.8	3.1	6.2
Bruttoinlandsprodukt	0.2	0.0	1.5	0.1	0.0	1.3	1.7
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0.5	0.0	1.5	0.5	-0.5	1.4	1.6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.3	0.9	0.8	1.0	0.8	0.7	1.0
Private Konsumausgaben 5)	1.4	0.9	0.8	1.0	0.9	0.7	1.0
Konsumausgaben des Staates	0.8	0.9	0.8	1.0	0.8	0.7	0.9
Anlageinvestitionen	-0.1	0.1	0.5	-0.5	0.6	0.6	0.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0.2	-0.1	0.7	-1.2	1.0	1.0	0.4
Bauten	-0.1	0.2	0.3	0.2	0.3	0.2	0.3
Exporte	0.3	0.2	1.0	0.0	0.4	0.7	1.3
Importe	-1.3	-0.9	0.3	-1.1	-0.7	-0.4	0.9
Bruttoinlandsprodukt	1.6	1.2	0.8	1.1	1.2	1.0	0.7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1581.8	1605.5	1638.7	785.8	819.7	804.0	834.7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	218.6	223.5	223.7	106.9	116.6	107.4	116.3
Bruttolöhne und -gehälter	911.5	916.9	929.4	431.5	485.5	438.2	491.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	451.8	465.1	485.6	247.4	217.7	258.4	227.2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	198.8	194.9	205.2	92.3	102.6	96.0	109.2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1780.6	1800.4	1843.9	878.1	922.3	900.0	943.9
Abschreibungen	318.5	322.6	328.4	161.0	161.6	163.7	164.7
Bruttonationaleinkommen	2099.1	2123.0	2172.3	1039.1	1083.9	1063.7	1108.6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1562.0	1573.2	1609.1	766.3	806.8	784.5	824.7
Arbeitnehmerentgelte	1130.0	1140.4	1153.1	538.4	602.1	545.6	607.5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	432.0	432.8	456.0	228.0	204.8	238.9	217.1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	-0.1	1.5	2.1	1.1	1.8	2.3	1.8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.3	2.3	0.1	2.0	2.5	0.5	-0.2
Bruttolöhne und -gehälter	0.8	0.6	1.4	0.5	0.7	1.6	1.2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.5	1.9	1.7	2.0	1.8	2.0	1.4
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.9	1.0	1.7	1.2	0.8	2.0	1.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-2.3	2.9	4.4	1.9	4.1	4.5	4.4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23.5	-1.9	5.3	6.2	-8.3	4.0	6.4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2.1	1.1	2.4	1.6	0.6	2.5	2.3
Abschreibungen	2.1	1.3	1.8	1.2	1.4	1.7	1.9
Bruttonationaleinkommen	2.1	1.1	2.3	1.6	0.7	2.4	2.3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2.0	0.7	2.3	1.1	0.3	2.4	2.2
Arbeitnehmerentgelte	0.9	0.9	1.1	0.8	1.0	1.3	0.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5.1	0.2	5.4	2.0	-1.7	4.8	6.0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	959.0	966.8	979.2	463.8	503.0	470.4	508.8
Nettolöhne und -gehälter	594.2	592.2	600.3	277.2	315.0	281.5	318.8
Monetäre Sozialleistungen	438.6	451.1	459.3	224.2	226.9	228.8	230.5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	73.8	76.5	80.4	37.6	39.0	39.9	40.5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	451.8	465.1	485.6	247.4	217.7	258.4	227.2
Sonstige Transfers (Saldo)	-41.6	-39.0	-43.5	-18.1	-20.9	-21.1	-22.4
Verfügbares Einkommen	1369.3	1392.8	1421.4	693.1	699.8	707.8	713.5
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	16.8	19.3	21.0	8.8	10.5	9.5	11.5
Private Konsumausgaben 5)	1241.9	1266.5	1294.5	619.5	647.0	632.5	662.0
Sparen	144.2	145.6	147.9	82.4	63.2	84.8	63.1
Sparquote 7)	10.4	10.3	10.3	11.7	8.9	11.8	8.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	2.0	0.8	1.3	1.1	0.6	1.4	1.1
Nettolöhne und -gehälter	0.2	-0.3	1.4	-0.3	-0.4	1.6	1.2
Monetäre Sozialleistungen	4.8	2.8	1.8	3.4	2.3	2.1	1.6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3.4	3.8	5.0	4.6	2.9	6.1	4.0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-2.3	2.9	4.4	1.9	4.1	4.5	4.4
Verfügbares Einkommen	1.0	1.7	2.0	1.9	1.6	2.1	2.0
Private Konsumausgaben 5)	0.8	2.0	2.2	2.1	1.9	2.1	2.3
Sparen	4.4	1.0	1.5	1.7	0.2	2.9	-0.2

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	476.6	487.5	502.6	232.1	255.4	239.1	263.5
Sozialbeiträge	388.7	399.0	407.8	192.1	206.9	197.2	210.6
Vermögenseinkünfte	17.9	15.7	14.9	9.8	5.9	9.2	5.7
Sonstige Übertragungen	14.9	15.7	16.5	7.5	8.3	7.9	8.6
Vermögensübertragungen	8.8	8.2	8.1	4.0	4.2	3.9	4.1
Verkäufe	40.5	41.5	41.5	19.6	22.0	19.6	22.0
Sonstige Subventionen	0.8	0.6	0.6	0.3	0.3	0.2	0.3
Einnahmen insgesamt	948.2	968.2	991.9	465.3	502.9	477.1	514.8
Ausgaben							
Vorleistungen	84.3	85.3	86.4	39.4	45.9	39.9	46.4
Arbeitnehmerentgelte	165.9	167.7	168.1	78.5	89.2	78.7	89.4
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67.2	68.6	71.4	34.1	34.5	35.3	36.1
Subventionen	30.9	29.4	28.3	13.6	15.8	13.2	15.1
Monetäre Sozialleistungen	409.9	421.8	429.3	209.6	212.1	213.9	215.4
Soziale Sachleistungen	163.1	166.7	166.5	82.1	84.7	82.6	84.0
Sonstige Transfers	35.6	38.6	42.8	18.0	20.6	20.1	22.7
Vermögenstransfers	35.3	37.9	37.9	19.9	18.0	19.6	18.3
Bruttoinvestitionen	33.7	33.0	32.4	14.3	18.7	14.8	17.7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.4	-1.4	-1.3	-0.6	-0.8	-0.6	-0.8
Ausgaben insgesamt	1024.4	1047.6	1061.8	508.9	538.7	517.5	544.2
Finanzierungssaldo	-76.2	-79.5	-69.9	-43.6	-35.8	-40.4	-29.4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0.1	2.3	3.1	2.1	2.5	3.0	3.2
Sozialbeiträge	1.3	2.6	2.2	2.6	2.6	2.7	1.8
Vermögenseinkünfte	-5.2	-12.5	-5.1	-16.7	-4.2	-6.1	-3.4
Sonstige Übertragungen	4.2	5.5	5.0	13.9	-1.1	5.6	4.5
Vermögensübertragungen	4.0	-6.8	-1.6	0.8	-13.1	-1.8	-1.4
Verkäufe	-0.4	2.6	0.0	3.2	2.0	-0.2	0.1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	0.5	2.1	2.4	2.0	2.2	2.5	2.4
Ausgaben							
Vorleistungen	3.3	1.2	1.3	1.2	1.1	1.3	1.2
Arbeitnehmerentgelt	0.6	1.1	0.2	1.1	1.1	0.2	0.2
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0.9	2.1	4.1	1.8	2.4	3.7	4.6
Subventionen	-8.6	-4.9	-3.9	-4.4	-5.3	-3.1	-4.6
Monetäre Sozialleistungen	5.0	2.9	1.8	3.5	2.3	2.0	1.5
Soziale Sachleistungen	3.4	2.2	-0.1	2.4	2.1	0.6	-0.8
Sonstige Transfers	4.8	8.4	11.0	12.3	5.2	11.6	10.4
Vermögenstransfers	-1.5	7.6	-0.1	14.0	1.3	-1.5	1.4
Bruttoinvestitionen	-5.9	-2.0	-1.6	-6.1	1.4	3.6	-5.7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	2.4	2.3	1.3	2.8	1.8	1.7	1.0
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3.6	-3.7	-3.2	-4.2	-3.3	-3.8	-2.6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).